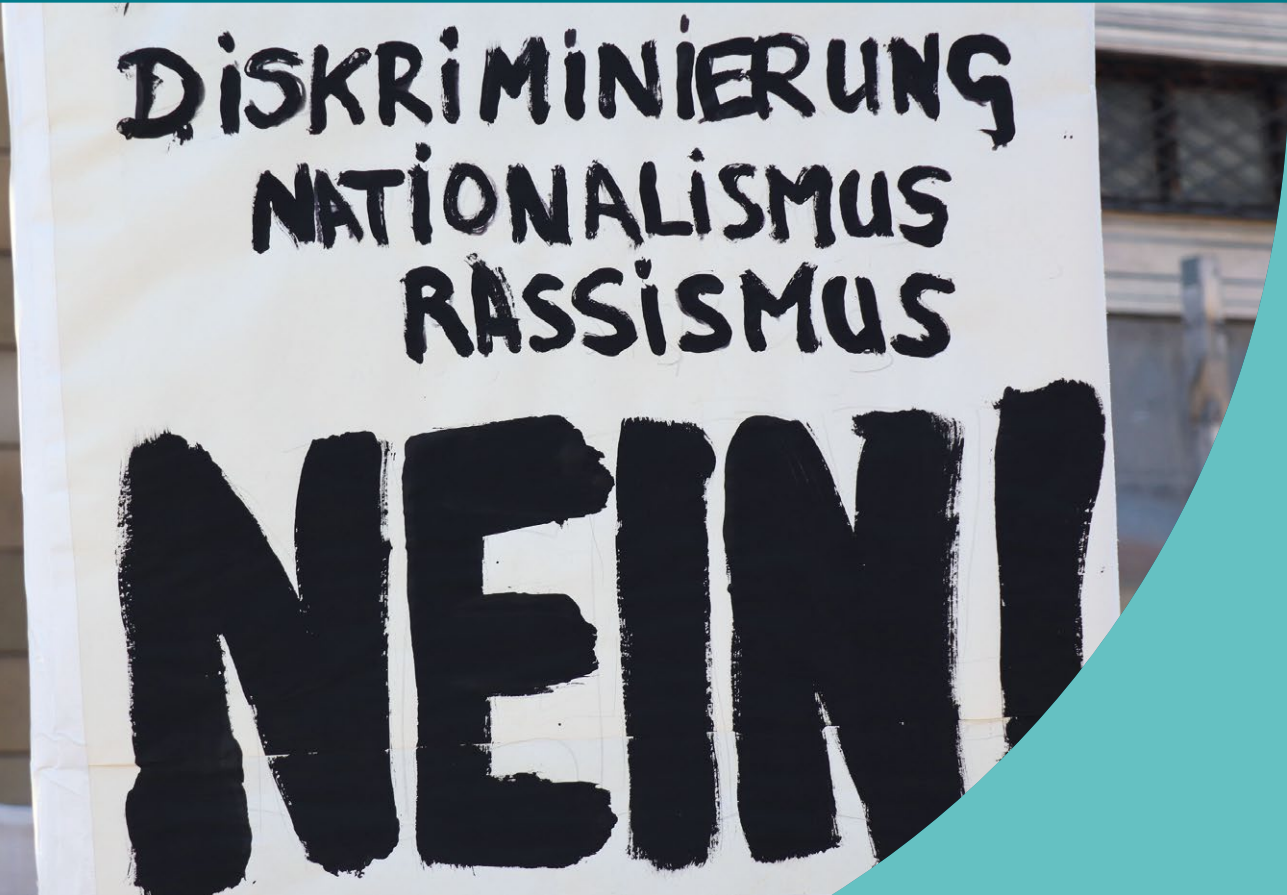


#noAfD

Keine Alternative für Beschäftigte

AfD-Positionen unter der Lupe



DISKRIMINIERUNG
NATIONALISMUS
RASSISMUS

NEIN!

Impressum

Herausgeber:

DGB-Bezirk Bayern

Neumarkter Straße 22

81673 München

Homepage: www.bayern.dgb.de

Facebook: www.facebook.com/DGBBayern

Instagram: www.instagram.com/dgbbayern

Twitter: www.twitter.com/dgbbayern

Verantwortlich:

Bernhard Stiedl, Vorsitzender DGB Bayern

Redaktion: DGB Bayern

Autoren: Stefan Dietl, Robert Andreasch

Bildnachweis:

Kerstin Groh (Seite 4)

DGB Bayern (Titel, Seiten 11, 16, 19, 22, 26, 31)

Robert Andreasch (Seiten 13, 24, 36, 37, 38, 43)

Thomas Witzgall (Seiten 9, 12, 18, 20, 39, 44, 46)

Timm Schamberger/dpa (Seite 27)

Kai Budler (Seite 30)

Layout: Fa-Ro Marketing

Druck: Weber Offset, München

München, August 2023

Inhalt

Vorwort	4
Positionen der AfD	5
1. Arbeit, Rente – Mehr arbeiten, weniger Sicherheit	6
2. Staat und Steuern	10
3. Die AfD in der Energiekrise	16
4. Bildungspolitik	19
5. Europapolitik	22
6. Familienpolitik	24
7. Gleichstellungspolitik	27
8. Angriff von Rechtsaußen	30
Ganz rechts außen. Wie die AfD in Bayern vorgeht.	33
Gewerkschaften vs. AfD – Positionen im Überblick	47

Vorwort

Der DGB steht für Demokratie und Solidarität, für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Wir sind überzeugt: Vielfalt ist das Fundament für unsere Demokratie und für ein solidarisches Miteinander.

In Bayern, Deutschland und weltweit verbreiten Rechtspopulisten ihre rassistischen und ausgrenzenden Parolen, schüren sie Hass und Ängste. Daher ist es gerade heute wichtig, dass wir Haltung zeigen. Für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft, in der Hetze und Rechtsextremismus keinen Platz haben. Für mehr Miteinander und mehr Menschlichkeit. Denn Vielfalt eint uns. Wir lassen uns nicht spalten.

Mit der AfD ist 2018 eine populistische und rassistische Rechtsaußen-Partei in den Bayerischen Landtag eingezogen. Seitdem hat sich die Debattenkultur extrem verändert. Von „Kultur“ kann da oft keine Rede mehr sein. Als Teil der „neuen Rechten“ erfüllt die AfD ihre Rolle: Sie verschiebt den Diskurs nach rechts, sie polarisiert und spaltet. In den (sozialen) Medien hetzen ihre Abgeordnete auf demselben Niveau und mit denselben Argumenten, die Faschisten seit jeher nutzen. Was also ist neu an der „neuen Rechten“? Inhaltlich nichts, aber ihre Methoden und ihre bessere Vernetzung. Das alte Ziel aber bleibt: die Abschaffung der offenen Gesellschaft – die Abschaffung der Demokratie.

Mit der vorliegenden Broschüre zeigen wir auf, dass die AfD eine rassistische, antisemitische und rechtsextreme Partei ist, die eine durch und durch arbeitnehmer*innen- und gewerkschaftsfeindliche Politik vertritt. Die AfD ist gegen alles, wofür wir als Gewerkschaften stehen.

Wir wollen unsere Kolleg*innen und alle Demokrat*innen argumentativ unterstützen, die gemeinsam mit uns für die Demokratie streiten und sozialer Ausgrenzung, Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenreten.

Es hilft nur Wachsamkeit und klare Kante. Keinen Millimeter nach rechts!



Bernhard Stiedl
Vorsitzender



Dr. Verena Di Pasquale
Stellvertretende Vorsitzende

Positionen der AfD

Von Stefan Dietl

1. Arbeit, Rente – Mehr arbeiten, weniger Sicherheit

In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt die AfD den Kurs einer radikalen neoliberalen Umstrukturierung und Deregulierung – auf Kosten von Arbeitnehmer*innen.

Dabei hat die Partei, wie in vielen anderen Politikfeldern, auch in der Arbeitsmarktpolitik keine Antworten auf die aktuell drängendsten Fragen. Die Herausforderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt, die wachsende prekäre Beschäftigung oder deren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme spielen in der Programmatik der AfD keine Rolle. Fast alle ihrer arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen bleiben vage. Deutlich wird dies unter anderem beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Lange Zeit gehörte die AfD zu den entschiedensten Gegner*innen einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes wettete die AfD in einer Pressemitteilung, der Mindestlohn sei „neosozialistisch“, ein „Job-Killer“ und ein Ausdruck „realitätsferner Sozialromantik“. Bereits im Europawahlkampf 2013 positionierte sich die AfD gegen die gesetzliche Lohnuntergrenze und forderte gar die Abschaffung des Mindestlohns in anderen EU-Ländern. Noch 2016, kurz vor dem Grundsatzprogrammparteitag der AfD, sprach sich der damalige Bundessprecher Jörg Meuthen „gegen jede soziale Vollkasko-Mentalität“ aus und stellte fest, die AfD „könne nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein“.

Im dann verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei allerdings eine scheinbare Kehrtwende und sprach sich überraschend für die Beibehaltung des Mindestlohns aus. Zuvor war die Partei aufgrund ihrer Ablehnung der gesetzlichen Lohnuntergrenze immer wieder in Kritik geraten und drohte, Wähler*innen zu verlieren. Das offenkundige Zugeständnis an den Wähler*innenwillen nutzte die Partei allerdings zugleich zur rassistischen Stimmungsmache: Der Mindestlohn schütze „vor dem durch die

derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck“, heißt es zur Begründung des Kurswechsels. Dabei verschweigt die AfD, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors in den vergangenen 15 Jahren in keinerlei Zusammenhang mit dem verstärkten Zuzug Geflüchteter im Sommer 2015 steht, sondern Ergebnis einer neoliberalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes war.

Das Grundsatzprogramm spricht sich zudem ausschließlich für die Beibehaltung des Mindestlohns aus. Sowohl die Höhe als auch dessen Ausgestaltung bleibt jedoch offen. Tatsächlich macht die AfD immer wieder gegen eine Erhöhung des Mindestlohns und dessen konsequente Durchsetzung mobil. So sprach sich die AfD im Bundestag wiederholt gegen eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro aus. Zuletzt lehnte sie im September 2020 einen Antrag zur Erhöhung der Lohnuntergrenze mit der Begründung ab, mehr staatliche Regulierung würde Unternehmen in „existenzielle Schwierigkeiten“ bringen und zu „mehr Insolvenzen führen“. In Brandenburg fordert die AfD, die Dokumentationspflicht der Unternehmen zu reduzieren. Ein kontrollierbarer Anspruch auf den Mindestlohn wäre so nicht mehr zu gewährleisten und der Umgehung des Mindestlohns Tür und Tor geöffnet. Im baden-württembergischen Landtag geht die AfD noch einen Schritt weiter und beantragte gar die Abschaffung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge.

Die Klientelpolitik der AfD zugunsten von Unternehmen und auf Kosten von abhängig Beschäftigten zeigt sich nicht nur beim Mindestlohn. So mobilisiert auch die bayerische AfD gegen ein Tariftreue- und Vergabegesetz im Freistaat, das der DGB Bayern seit vielen Jahren fordert, um Beschäftigten faire Löhne zu garantieren. Jan Schiffers, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der AfD, sieht darin einen grundgesetzwidrigen Eingriff in das Wirtschaftsleben und beklagt „mehr staatlichen Einfluss auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber“.

1.1. Lobbypolitik auf Kosten der Beschäftigten

Grundlegende Arbeitnehmer*innenrechte wie den Kündigungsschutz oder Mitbestimmungsregelungen betrachtet die AfD als „Wettbewerbsnachteile“ für die deutsche Wirtschaft. Daher stimmte sie 2021 im Bundestag gegen das Betriebsrätemodernisierungsgesetz, das die Gründung von Betriebsräten erleichtert und mehr Mitbestimmung verankert. Die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmer*innen ist für die AfD ein „massiver Eingriff in Weisungsrecht, Vertragsfreiheit und unternehmerische Freiheit“. Vehement lehnt die AfD auch eine Ausweitung der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen in den Aufsichtsräten ab.

„Die unternehmerische Freiheit würde durch neue Vorgaben weiter eingeschränkt“, beklagt der wirtschaftspolitische Sprecher der bayerischen AfD-Landtagsfraktion Franz Bergmüller. Es seien gerade die „Unternehmen, die durch Fleiß und Tatkraft unseren Wohlstand in Bayern geschaffen haben. An ihrer Seite steht die AfD“, so Bergmüller. Auch die Aushöhlung des Kündigungsschutzes ist Teil der arbeitsmarktpolitischen Agenda der AfD. Dabei versucht die Partei, dies als Mittel gegen prekäre Beschäftigung zu verkaufen. So sieht die bayerische AfD das Problem der zunehmenden Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse vor allem in den „starren Regeln zum Kündigungsschutz“ begründet.

Immer wieder präsentiert sich die AfD offensiv als Lobbypartei von Unternehmen und Arbeitgeberverbänden. Beispielsweise wenn sie eine Ausbildungsplatzabgabe als „weitere Gängelung von Unternehmen“ ablehnt, während der Corona-Pandemie die Steuerbefreiung von Agrarunternehmen fordert oder generell für eine „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben“ wirbt.

Die Reform des Berufsbildungsgesetzes, für die sich die DGB-Jugend jahrelang stark gemacht hat, lehnt die AfD ab und beklagt „Mehrbelastungen“ und „finanzielle Bürden“ für Unternehmen. Gegen das 2021 verabschiedete Lieferkettengesetz, das Menschenrechte und arbeitnehmer*innenrechtliche Mindeststandards in der gesamten Produktionskette sicherstellen soll, stellt sich die AfD ebenfalls und spricht von einem „Todesurteil für die deutsche Wirtschaft und damit auch Millionen von Arbeitnehmern.“ Auch in ihrem Wahlprogramm zur anstehenden bayerischen Landtagswahl fordert die AfD die Abschaffung des Lieferkettengesetzes und eine umfassende Deregulierung zugunsten von Unternehmen.

Gerade im Zuge der Corona-Pandemie trat die AfD immer wieder mit arbeitnehmer*innenfeindlichen Forderungen auf Kosten der abhängig Beschäftigten an die Öffentlichkeit.

So sprach sich die Partei sowohl gegen das Recht auf Home-Office für Arbeitnehmer*innen aus als auch gegen eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, das zahlreiche Beschäftigte während der Krise vor der Arbeitslosigkeit bewahrte.

Auch das nach massenhaften Infektionsausbrüchen mit dem Corona-Virus in deutschen Schlachthöfen erfolgte Verbot von Werkverträgen und Maßnahmen zur strengeren Kontrolle der Fleischindustrie wurden von der AfD aufgrund der „Folgen für unsere Versorgungssicherheit mit Fleisch“ abgelehnt.

1.2. Angriff auf die Arbeitslosenversicherung

Mobil macht die AfD auch gegen die soziale Absicherung am Arbeitsmarkt. So spricht sich die Partei in ihrem Grundsatzprogramm unter anderem für die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit aus. Regelmäßig erneuert sie diese Forderung in öffentlichen Stellungnahmen. So heißt es in einer Pressemitteilung vom Juli 2020: „Die Bundesagentur für Arbeit sollte aufgelöst werden, um einen längst überfälligen Neustart zu ermöglichen.“

Die bisherigen Aufgaben der Bundesagentur sollen stattdessen künftig von den kommunalen Jobcentern übernommen werden. Im Gegensatz zu den kommunalen Jobcentern, denen die Betreuung des ALG II obliegt, ist die Bundesagentur bisher für die Verwaltung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zuständig. Mit der Auflösung der Bundesagentur wäre auch das Arbeitslosengeld I in seiner bisherigen Form gefährdet. „Wer die Bundesagentur für Arbeit auflöst, beendet damit auch die bisherige Arbeitslosenversicherung“, so die Abteilung Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstands.

Zudem würden so weitere Aufgaben vom Bund an die Kommunen übertragen, ohne dass diese finanziell besser ausgestattet werden. Die Kommunen würden stattdessen künftig bei der Vermittlung von Erwerbslosen alleingelassen.

1.3. Angriff auf die gesetzliche Rente

Auch in der Rentenpolitik haben abhängig Beschäftigte von der AfD nichts Positives zu erwarten.

So macht die AfD vehement mobil gegen die 2021 eingeführte Grundrente. Die Aufwertung geringer Rentenansprüche, die viele langjährige Beitragszahler*innen vor der Altersarmut bewahrt, verstößt für die AfD gegen das „Sozialstaatsprinzip“ und bringe die Rentenversicherung angeblich „an den Rand der Zahlungsunfähigkeit“. Die Grundrente sei „Sozialdemagogie auf Kosten der nachkommenden Generationen“ und ein „Totalausverkauf ordnungspolitischer Prinzipien“.

Seit ihrer Gründung propagiert die AfD einen Systemwechsel in der Rentenversicherung – zu Lasten von Arbeitnehmer*innen.

Spitzenpolitiker*innen der AfD werben für eine umfassende Privatisierung der Altersvorsorge. Die bisherige umlagefinanzierte Rente soll durch eine steuerfinanzierte Mindestrente ersetzt werden, die nur knapp über dem Existenzminimum liegt und privat aufgestockt werden muss. Für abhängig Beschäftigte hätte die Zerschlagung des gesetzlichen Rentensystems und die Einführung einer solchen Minimalrente verheerende Folgen.

Viele können aufgrund niedriger Löhne nicht zusätzlich privat vorsorgen und die ohnehin wachsende Altersarmut würde sich weiter verschärfen. Während die gesetzliche Rente zudem eine Versicherungsleistung ist, auf die entsprechende Ansprüche erworben werden, ist eine steuerfinanzierte Altersvorsorge vollkommen der politischen Willkür ausgeliefert und noch dazu abhängig von den vorhandenen Haushaltsmitteln. Daneben basiert die gesetzliche Rentenversicherung auf der Mitsprache der Versicherten. Diese wäre bei einer steuerfinanzierten Mindestrente passé.



Die AfD bietet keine Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit. Ihre Agenda sieht den Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten und Mitbestimmung vor.

Teile der AfD drängen jedoch mit Rücksicht auf Wähler*innenstimmen darauf, die von der Parteispitze propagierte Zerschlagung des gesetzlichen Rentensystems nicht zu offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen.

Auf ihrem Bundesparteitag 2020 einigte sich die AfD im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf deshalb darauf, die umlagefinanzierte gesetzliche Rente vorerst beibehalten zu wollen. Zugleich gehen jedoch auch die dort beschlossenen Vorstellungen vor allem zu Lasten von Arbeitnehmer*innen. So soll die private Vorsorge weiter ausgebaut werden. Zudem soll das Rentenniveau „auf Grundlage der Lebenserwartung und des Beitragsaufkommens kontinuierlich angepasst werden“, was nichts anderes bedeutet als eine weitere Absenkung der gesetzlichen Rente. In ihrem bayerischen Landtagswahlprogramm fordert die AfD außerdem die Einführung eines kapitalfondsgedeckten Bayerischen Seniorengeldes. Ein Konzept, das letztlich vor allem den Finanzmärkten nützen würde.

Statt die gesetzliche Altersvorsorge zu stärken und das Rentenniveau zu stabilisieren, wie es der DGB in seinem Rentenkonzept fordert, haben die Pläne der AfD also das Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung weiter zu schwächen und Beitragsgelder auf die Konten von Finanzkonzernen und privaten Versicherern umzuleiten.

Fazit:

Die AfD bietet keine Antworten auf die drängendsten arbeitsmarktpolitischen Fragen unserer Zeit. Sie steht mit ihrer Agenda des Abbaus von Arbeitnehmer*innenrechten und einer weiteren Deregulierung zugunsten von Unternehmen für eine durch und durch arbeitnehmer*innenfeindliche Politik.

Sei es beim Thema Mindestlohn oder einem Faire-Löhne-Gesetz.

Auch die rentenpolitischen Pläne der AfD sehen weitere Belastungen der abhängig Beschäftigten vor. Statt auf die bewährte gesetzliche Rentenversicherung setzt die AfD auf individuelle Vorsorge, von der vor allem private Konzerne und Versicherungen profitieren.

2. Staat und Steuern

2.1 Mehr Wettbewerb und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen

Seit ihrer Gründung gehört die Steuerpolitik zu den Schwerpunktthemen der AfD. Im Mittelpunkt stehen dabei steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen und Besserverdienende, während im Gegenzug sozialpolitische Aufgaben auf Kosten der Allgemeinheit zurückgefahren werden sollen.

Deutlich wird dies an einem der steuerpolitischen Eckpunkte der Partei: der Reform der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. 2021 beliefen sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf rund 218 Milliarden Euro. Sie lieferte damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Sozialem, Gesundheit oder Bildung. Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen progressiv: Wer höhere Einkommen hat, wird auch höher belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern können eine größere Last tragen als schwache. Derzeit liegt der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent. Bei Einkommen von mehr als 277.826 Euro pro Jahr erhöht sich der Einkommensteuersatz noch einmal auf 45 Prozent.

Bereits in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts“ und bekannte sich zum ‚Kirchhof’schen Steuermodell‘. Diesem Kurs bleibt die Partei bis heute treu. Das Steuermodell nach Kirchhof präsentiert sich als Vereinfachung des Steuersystems. Tatsächlich handelt es sich aber um ein Steuersparmodell für Unternehmen und Reiche. Das vom ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof entwickelte Modell sieht vor, die progressive Besteuerung von

Einkommen abzuschaffen und durch ein Stufenmodell mit einer Besteuerung von 15, 20 und 25 Prozent zu ersetzen.

Niedrige Einkommen bis 20.000 Euro sollen dabei mit 15 bis 20 Prozent besteuert werden. Für alle darüber liegenden Einkommen soll ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent gelten, auch für Unternehmen und Kapitalgeber*innen – egal, ob es sich um 25.000 Euro oder 500.000 Euro Jahreseinkommen handelt. Dafür soll die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgeschafft werden. Dem Staat drohen so massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben. Noch weiter gehen die Pläne der AfD Bayern. Sie will mit einem Stufenmodell von 12, 16 und 20 Prozent die „Steuerreformpläne von Kirchhof noch übertreffen“ und fordert den „Wegfall jeglicher steuernder Elemente beim Steuermodell“. Die progressive Einkommensteuer als zentrales Instrument der Vermögensumverteilung, soll also nach Willen der AfD der Vergangenheit angehören.

Der DGB lehnt einen Stufentarif als sozial ungerecht ab. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB heißt es dazu: „Die Lohn- und Einkommensteuer ist konsequent am Maßstab der Steuergerechtigkeit auszurichten. Die Steuerpflichtigen sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Der Einkommensteuertarif ist daher progressiv zu gestalten, so dass höhere Einkommen nicht nur in absoluten Beträgen, sondern auch relativ, prozentual zum Einkommen, höher besteuert werden.“



Der DGB steht für faire Löhne und ein gerechtes Steuermodell. Die AfD hingegen fordert Steuergeschenke für Reiche, auf Kosten der Allgemeinheit.

Einigen AfD-Spitzenpolitiker*innen gehen die Forderungen ihrer Partei noch nicht weit genug, sie propagieren die direkte steuerliche Entlastung von Unternehmen und Spitzenverdiener*innen. „Der Spitzensteuersatz ist hoch genug“, meint etwa die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch. Auch dies widerspricht den Forderungen der Gewerkschaften. In den steuerpolitischen Eckpunkten des DGB heißt es dazu, dass es „im Interesse einer leistungsgerechten Besteuerung einerseits darauf an[kommt], den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Ebenso wichtig ist es andererseits auch, dass ein erhöhter Spitzensteuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen ansetzt.“

Im Grundsatzprogramm der Partei verknüpft die AfD ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommensteuer mit der Forderung nach Überprüfung der Gewerbesteuer und einem höheren Steuergrundfreibetrag. Das Mittelstandsforum der AfD Bayern möchte die Gewerbesteuer gar ganz abschaffen. Neben der Umlage aus der Einkommensteuer, die sich durch die Steuerpläne der AfD drastisch reduzieren würde, ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Abschaffung würde die finanziellen Nöte vieler Städte und Gemeinden weiter

erhöhen. Die AfD entzöge damit den Kommunen ihre Finanzmittel. Die Konsequenz wäre, dass viele Gemeinden und Städte ihre wichtigen kommunalen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könnten. Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen wären die Folge.

Gleichzeitig mit der finanziellen Austrocknung der Gemeinden und Städte will die Partei auch den Haftungsverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen beseitigen. Bisher konnten überschuldete Städte und Gemeinden auf die Unterstützung von Land und Bund vertrauen. Geht es nach den Vorstellungen der AfD, sollen künftig auch Kommunen und Bundesländer insolvenzfähig werden. Dies hätte sowohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für die betroffene Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Ginge eine Kommune pleite, müsste sie sämtliche kommunalen Aufgaben einstellen. Innerhalb kürzester Zeit würden regionale Wirtschaft und öffentliches Leben lahm liegen.

2.2 Besitzende großer Vermögen entlasten

Neben der Abschaffung der progressiven Einkommensteuer gehört die Abschaffung der Vermögen- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Säulen der AfD-Steuerpläne.

Auch hier profitieren vor allem die Besitzer*innen großer Vermögen. Die Vermögensteuer ist derzeit ausgesetzt und wird nach einem Beschluss der damaligen Bundesregierung seit 1997 nicht mehr erhoben. Die AfD fordert nun deren gänzliche Abschaffung, während der DGB für eine Rückkehr zur Erhebung der Vermögensteuer eintritt.

Von der Abschaffung der Erbschaftsteuer würden vor allem die Erb*innen großer Vermögen profitieren, da in Deutschland hohe Freibeträge bei Erbschaften und großzügige Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familienunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gelten. Für die bayerische AfD ist die Erbschaftsteuer nichtsdestotrotz gleichbedeutend mit der „Enteignung von Firmeninhabern“. Die Bürger würden durch die Erbschaftsteuer „ausgeplündert“ von den „Neidparteien“, behauptet die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Katrin Ebner-Steiner.

Auch in das bayerische Landtagswahlprogramm und das Grundsatzprogramm der AfD hat die Forderung nach der Abschaffung der Erbschaftsteuer Eingang gefunden. Dort heißt es: „Der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal.“ Tatsächlich werden nach Schätzung jedes Jahr 400 Milliarden Euro vererbt – das ist mehr als der deutsche Bundeshaushalt umfasst. Davon entfällt etwa ein Drittel auf die oberen zwei Prozent der Hinterlassenschaften. Allein im Jahr 2021 sind der Staatskasse durch die Erhebung der Erbschaftsteuer 9,8 Milliarden Euro zugeflossen. Statt einer



Demonstrant*innen auf einem Protest gegen die AfD in Memmingen.

Abschaffung fordern die Gewerkschaften eine verfassungskonforme Trendwende bei der Erbschaftsteuer. In seinem steuerpolitischen Programm hält der DGB fest, „dass eine Vorzugsbehandlung bestimmter Vermögensarten, gleich welcher Definition, auf Dauer nicht hingenommen werden darf. Insbesondere müssen die weitgehenden Begünstigungen für die Erben großer Unternehmensvermögen beseitigt werden, so dass auch die Erben der Superreichen künftig angemessen Erbschaft- und Schenkungsteuer zahlen. Dadurch könnten die Einnahmen aus dieser Steuer auf die Dauer mindestens verdoppelt werden“

2.3 Steuerpolitischer Klientelkurs zu Lasten der Allgemeinheit

Zum steuerpolitischen Klientelkurs der AfD passt die Forderung nach der „Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses“. Laut der Partei hätte die Bundesregierung „das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben“. Dabei spielt sie auf Abkommen zum Austausch von Steuerdaten mit anderen Staaten an, durch das Steuerhinterziehende leichter dingfest gemacht werden können. Das Mittelstandsforum der AfD Bayern fordert zudem, die Steuerklärungs-, Bilanzierungs- und Publizitätspflichten für Unternehmen zu schleifen. So sollen rund 72 Prozent der etwa 7,9 Millionen registrierten Unternehmen von der Bilanzierungspflicht im Handels- und Steuerrecht befreit werden. Außerdem sollen auch die Informations-, Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten für Unternehmen abgebaut werden. Würden die Vorschläge der AfD Realität, würde das die Ermittlungen gegen Steuersünder*innen erheblich erschweren.

Auch von der Forderung der AfD, die umgangssprachlich als „Soli“ bezeichnete „Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftssteuer“ für alle abzuschaffen, würden ausschließlich Topverdienende profitieren. Anfang 2020 hat der Bundestag beschlossen, den Soli für 90 Prozent der Zahler*innen abzuschaffen. Nur wer mehr als 109.000 Euro versteuert, zahlt wie bisher. Für den finanzpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Kay Gottschalk ist die weitere Erhebung des Soli für die Bestverdienenden eine „verdeckte Vermögensteuer“. Sie sei Teil einer „sehr, sehr lästigen Sozialneidsdebatte“. Es sei „bekannt, dass auch in allen anderen steuerlichen Einkunftsarten die oberen zehn Prozent die wesentlichen Leistungen der Steuerlast erbringen.“

Dass ihre Politik der Steuergeschenke für Unternehmen und Vermögende dazu führt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr im bisherigen Maß nachkommen kann, ist der Partei bewusst: „Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren“, heißt es im Grundsatzprogramm der AfD. Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron spricht gar von einem „staatliche[n] Raubzug aufs Portemonnaie der Bürger“ und fordert eine deutliche Senkung der Staatsausgaben.

Finanzieren will die AfD die Steuererleichterungen für Reiche durch die Einschränkung der staatlichen Aufgaben. „Der viel zu mächtige, viel zu fette Staat hat viel zu viele Steuereinnahmen, aber auch zu viele Ausgaben“, meint etwa der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende Peter Boehringer. Dabei folgt die Partei der neoliberalen Logik einer umfassenden Privatisierung staatlicher Infrastruktur und der Zerschlagung gesetzlicher Sicherungssysteme.

Viele Veranstaltungen der AfD werden von heftigen Protesten und Gegendemonstrationen begleitet.



Ziel ist der Rückzug des Staates auf allen Ebenen. So liest sich das wirtschaftspolitische Programm der AfD wie ein Wunschzettel der Arbeitgeberverbände. Bereits in der Einleitung des ersten Kapitels des Grundsatzprogramms, das mit „Demokratie und Grundwerte“ überschrieben ist, beklagt die Partei, dass „der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert“ sei. Im weiteren Verlauf heißt es: „Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein.“ Die „ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben [ist an] finanzielle und faktische Grenzen“ gestoßen.

Die Aufgaben des Staates will die AfD „auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“ beschränken. Wie dies konkret auszusehen hat, wird im wirtschaftspolitischen Kapitel beschrieben: Statt einer „staatlichen Planwirtschaft“, die sie derzeit am Werke sieht, soll der Staat „Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung“ garantieren. „Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.“

Der verbliebene Minimalstaat soll auf die Aufgabe der Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen und auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit reduziert werden. Er soll sich „einzig und allein auf die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Unternehmer beschränken und sich nicht in das operative Geschäft einmischen“, so Stefan Keuter, stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Ansonsten hat der Staat nach Einschätzung der AfD dem Markt freien Lauf zu lassen und darf nicht in die Wirtschafts- oder Sozialbeziehungen eingreifen. Man will „auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen“.

2.4 Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau- oder Sozialpolitik sind für die AfD keine relevanten staatlichen Aufgaben

So wettet die bayerische AfD gegen die „sozialistische Umverteilung im Gesundheitssystem“, Parteivorsitzende Alice Weidel fordert, „überflüssige Staatsausgaben zurückzufahren und zu streichen“ und ihr Stellvertreter Peter Boehringer kritisiert die „fortgesetzte Umverteilung zugunsten der unteren Einkommen“.

In einer der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit – der Frage nach bezahlbarem Wohnraum – stellt sich die AfD klar auf die Seite von Immobilieninvestor*innen und will die Spekulation mit Wohnraum zu Lasten von Mieter*innen weiter fördern. Laut der AfD befinden sich die „Wohnungsmärkte auf dem Weg in den Sozialismus“. Der stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag Franz Bergmüller warnt vor „sozialistischen Enteignungs- und Verstaatlichungsfantasien“ und der bayerische AfD-Vorsitzende Martin Sichert hält eine Verschärfung der Mietpreisbremse und die Förderung staatlichen sozialen Wohnungsbaus für „feuchte sozialistische Träume“, die dazu führen, dass die Investitionen in den privaten Wohnungsbau zurückgehen.

In zahlreichen Landesparlamenten sprach sich die AfD immer wieder gegen jegliche Mietbegrenzungen aus, forderte die Privatisierung landeseigener Wohnungen oder einen Stopp der Förderung des Baus neuer Sozialwohnungen. Auch in ihrem bayerischen Landtagswahlprogramm lehnt die AfD Mietendeckel und Mietpreisbremsen kategorisch ab. Denjenigen, die sich vielerorts die Miete nicht mehr leisten können, empfiehlt die Partei stattdessen, Wohneigentum zu kaufen. „Wohneigentum schützt vor Altersarmut, Gentrifizierung, Nullzinspolitik, Mieterhöhungen und Inflation“, so die AfD.

Statt auf staatliche soziale Sicherungssysteme setzt die AfD auf einen umfassenden Privatisierungskurs: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es im Grundsatzprogramm. Daher will sie prüfen, „inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.“

Fazit:

Die AfD steht für eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögende sollen durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen finanziert werden.

Während von der Entlastung bei der Einkommen-, Gewerbe-, Erbschaft- und Vermögensteuer vor allem die Bezieher*innen hoher Einkommen und Vermögende profitieren, sollen die lohnabhängig Beschäftigten durch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Rückbau der sozialen Sicherungssysteme die Zeche dafür bezahlen.

3. Die AfD in der Energiekrise

3.1 Steuergeschenke für Unternehmen statt Entlastung der abhängig Beschäftigten

Trotz ihrer neoliberalen Programmatik präsentiert sich die AfD gerne als Vertreterin des sprichwörtlichen „kleinen Mannes“. Gerade in Krisenzeiten inszeniert sie sich als einzig echte Oppositionspartei und gibt sich einen sozialen Anstrich. So versucht die AfD auch die derzeitige Energiekrise und die damit verbundene rasante Inflation für sich zu nutzen.

Tatsächlich spielen soziale Forderungen jedoch weder in den Verlautbarungen der Partei zur aktuellen Krise noch in deren parlamentarischer Praxis eine Rolle.

Im Gegenteil: Statt Entlastungen für Lohnabhängige, mehr Unterstützung für Sozialleistungsberechtigte oder gezielten Hilfen für Geringverdienende fordert die AfD Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdienende und eine härtere Gangart gegen Erwerbslose.

Im Bundestag stimmte die AfD gegen beinahe alle Maßnahmen zur Begrenzung der Energie- und Lebenshaltungskosten.

So lehnte die Partei das Neun-Euro-Ticket als „populistische(s) Umverteilungsticket“ ab, weil damit „der öffentliche Nahverkehr schrittweise zum öffentlichen Gut erklärt wird“.

Die Energiepreispauschale, also die einmalige Zahlung von 300 Euro, die Beschäftigte angesichts der rasanten Preissteigerungen erhalten haben, gilt ihr als „Zwangsdarlehen bei den Unternehmen“, und der von den Gewerkschaften geforderte Energiepreisdeckel als Eingriff in die freie Marktwirtschaft und ersten Schritt in einen „Energiesozialismus“.



Mit der Kampagne „#EchtGerecht – solidarisch durch die Krise!“ setzte sich der DGB für die Entlastung der Beschäftigten in der Krise ein. Ganz im Gegensatz zur AfD, die gegen beinahe alle Maßnahmen zur Begrenzung der Energie- und Lebenshaltungskosten stimmte.

Auch die von der Ampelkoalition beschlossene Strom- und Gaspreisbremse weist die AfD mit schrillen Tönen zurück. Sie sei ein „bürokratischer Moloch“, der „die Zerrüttung der deutschen Staatsfinanzen auf eine neue Spitze treibt“. Der Versuch, Preissteigerungen mit mehr Umverteilung auszugleichen, heize unweigerlich die Inflation an, so AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel, die vor einer „Energie-Planwirtschaft“ warnt. Stattdessen plädiert sie für einen weiteren Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. „Das Geld der Bürger wird in nie dagewesenen Dimensionen verbrannt, der Volkswirtschaft Liquidität entzogen und die Staatsquote nach oben getrieben. Statt im Gegenzug überflüssige Staatsausgaben zurückzufahren und zu streichen, werden neue Schulden aufgehäuft und in Schattenhaushalte verschoben“, so Weidel.

Während Unternehmen angesichts der Krise Milliarden verdienen, erklärt die AfD die „fortgesetzte Umverteilung zugunsten der unteren Einkommen“ zum Problem. „Mehr staatliche Umverteilung bewirkt lediglich Stroheffekte, die die Krise auf längere Sicht nur noch verschärfen. Damit die Bürger wieder mehr netto in der Tasche haben, muss die Rekordbelastung durch Steuern

und Abgaben drastisch sinken“, fordert Weidel getreu der neoliberalen Glaubenslehre.

Besonders vehement richtet sich die AfD daher gegen jegliche Besteuerung von Krisengewinnen. Deutschland sei schon heute ein „Land mit einer unsäglich hohen Steuer- und Abgabenlast“, verkündet etwa der finanzpolitische Sprecher der AfD im deutschen Bundestag Kay Gottschalk.

„Wer in Krisenzeiten Steuererhöhungen für die Unternehmen in Deutschland zur Sprache bringt, hat offensichtlich weder Gespür für wirtschaftliche Zusammenhänge noch ein größeres Verständnis, dass es gerade die Unternehmen sind, die Deutschland noch immer am Laufen halten“, behauptet Gottschalk. Ganz im Sinne der neoliberalen Ausrichtung der Partei plädiert die AfD stattdessen für Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende. „Ob Grundsteuer, Vermögensteuer, Erbschaft- sowie Schenkungsteuer, für uns sind diese Steuerarten ungerecht und überflüssig“, so Gottschalk. Zugleich fordert die AfD den Rückzug des Staates und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Es gelte, „radikal den Rotstift bei den eigenen Staatsausgaben anzulegen“.

3.2 Hetze gegen Erwerbslose und Migrant*innen

Anfangen möchte die AfD dabei bei den Ärmsten und hetzt angesichts der Einführung des Bürgergeldes gegen Erwerbslose. Die auf den Weg gebrachte Reform des Arbeitslosengeldes II, bekannt als Hartz IV, lehnt die AfD radikal ab. Ein Bürgergeld von 500 Euro sei laut AfD „eine Einladung zum Müßiggang“ und nehme „die Motivation zu arbeiten“. Für Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, würde das Bürgergeld dazu führen, dass sich Arbeitslose „in die Hängematte“ legen und Norbert Kleinwächter, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, klagt: „Das Bürgergeld verhöhnt die Berufstätigen, ignoriert die Bedürfnisse der Bedürftigen und bedient ausschließlich die Interessen derer, die vom Sozialstaat nicht aufgefangen werden sollten.“

Bei ihrer Agitation gegen das Bürgergeld gelingt es der AfD zudem einmal mehr, Sozialdarwinismus und Rassismus miteinander zu verknüpfen. So hetzt die AfD in diesem Zusammenhang nicht nur gegen Sozialleistungsbeziehende, sondern behauptet zugleich, dass vor allem Migrant*innen vom Bürgergeld profitieren würden. Angeblich 1,5 Millionen Migrant*innen würden laut der Propaganda der AfD mit dem Bürgergeld auf Kosten deutscher Arbeiter*innen alimentiert.

Als eigenen Gegenentwurf zum Bürgergeld präsentiert die AfD ein im Nachkriegsdeutschland einmaliges Programm des rigorosen Arbeitszwangs. Wer länger als sechs Monate Grundsicherung bezieht, soll nach Willen der AfD künftig zu 15 Wochenstunden „Bürgerarbeit“ zwangsverpflichtet werden. Als Einsatzgebiete für Langzeitarbeitslose benennt die AfD die Seniorenhilfe, den Zivil- und Katastrophenschutz oder etwa die „Heimatspflege und Ortsverschönerung“.

Wer sich diesem Arbeitszwang verweigert, dem sollen sämtliche staatlichen Geldleistungen gestrichen werden. Stattdessen würde man nur noch die notwendigsten Sachmittel zum Überleben bekommen. Erhältlich wären diese mit einer speziellen „Sachleistungs-Debitkarte“, mit der man jedoch nur bestimmte Produkte beziehen kann. Die Arbeitspflicht sei notwendig, „damit die Leute nicht verlernen, in der Früh‘ aufzustehen. Damit sie nicht lernen, auf der Couch zu liegen“, hetzt AfD-Fraktionsvize Norbert Kleinwächter.

Teil dieses Systems von Arbeitszwang und Erniedrigung ist auch eine Aufenthaltspflicht für Langzeitarbeitslose. Die Erreichbarkeit von Erwerbslosen soll „unmissverständlich so geregelt werden, dass die Leistungsbezieher sich grundsätzlich im zeit- und ortsnahen Bereich im Inland aufzuhalten haben“, heißt es im Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zur Bürgerarbeit.



Die Hetze von Rechtspopulisten gegen den sogenannten „Genderwahn“ wird hier mit dem Kampf gegen die Energiewende verknüpft.

Fazit:

Auch in der Krise steht die AfD für den Abbau von Leistungen des Sozialstaats und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die ökonomischen Folgen der Krise sollen auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden, während Unternehmen steuerlich entlastet werden sollen. Ihren Klientelkurs zugunsten der Unternehmen verbindet die AfD mit der Hetze gegen Erwerbslose und Migrant*innen.

4. Bildungspolitik

4.1 Uneingeschränktes Leistungsprinzip

Die bildungspolitische Programmatik der AfD ist geprägt von ihrer Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung sowie von einem überkommenen Familienbild. So nimmt der Kampf gegen Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung im Grundsatzprogramm der Partei ebenso breiten Raum ein wie die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming“, die „geschlechterneutrale Sprache“, die „Gender-Forschung“ oder „Geschlechterquoten“.

Vor allem aber steht das Bildungsprogramm der AfD für die Ausgrenzung sozial Benachteiligter und extreme soziale Auslese. Schon heute gibt es kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so selektiv ist wie in Deutschland. Fast nirgendwo haben Arbeiter*innenkinder so schlechte Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie hierzulande. Eine Ursache dafür ist, dass in weiten Teilen Deutschlands noch immer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird. Die AfD steht für eine weitere Verschärfung dieser sozialen Ungleichheit und frühen sozialen Auslese.

Sie lehnt die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert. Der Sozialwissenschaftler Andreas Kemper konstatiert daher: „Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasien erschweren. [...] Ziel soll sein, eine ›Elite‹ zu formen. Typischerweise trifft das Kinder aus einkommensschwachen Familien, die sich nicht teuren Privatunterricht leisten können.“

Genau diese Privatisierung der Bildung will die bayerische AfD noch ausbauen und staatlich fördern. So plädiert die AfD Bayern „für starke und leistungsfähige Privatschulen“ und fordert im bayerischen Landtag die Bereitstellung größerer finanzieller Zuschüsse für die bayerischen Privatschulen.

Klare Kante gegen Rechts vor dem Münchner Gewerkschaftshaus.



4.2 Neoliberale Logik statt Wissensvermittlung

Die Betroffenen versucht die AfD damit zu trösten, dass nicht jeder das Abitur oder einen Hochschulabschluss benötige. Für die AfD „gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in Ausbildungsberufen.“

Statt den Arbeiter*innenkindern den Weg an die Universität zu erleichtern, plädiert sie dafür, dass diese lieber eine vernünftige Ausbildung machen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen. So wird ihnen bewusst Wissen vorenthalten. Das Recht auf Wissen und Bildung, unabhängig vom sozialen Status, wird relativiert und durch die Befürwortung sozialer Auslese ersetzt.

Geht es nach der bayerischen AfD, soll den abhängig Beschäftigten vor allem auch das Wissen um wirtschaftliche und politische Zusammenhänge vorenthalten werden. So stellt sich die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag vehement gegen ein Bildungsfreistellungsgesetz.

Während die Gewerkschaften des DGB in einem breiten Bündnis mit kirchlichen Akteur*innen, Sportverbänden, dem Feuerwehrverband oder dem Bayerischen Jugendring seit Jahren für ein Gesetz zur Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer*innen in Bayern kämpfen, sieht die AfD darin die Verbreitung einer „linken Ideologie“ und beklagt die Belastung für Unternehmen. „Es ist nicht die Aufgabe des Gesetzgebers, Arbeitgeber zur Bezahlung von Mitarbeitern zu zwingen, die sich bei Gewerkschaften und politischen Vereinen indoktrinieren lassen“, so der bayerische AfD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Singer.



Im Zentrum der Bildungspolitik der AfD steht das Leistungsprinzip und die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten.

Im Zentrum der bildungspolitischen Vorstellungen der AfD steht das Leistungsprinzip. Wörtlich heißt es dazu im Grundsatzprogramm der Partei: „Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.“ Auch die Bildung hat sich damit der neoliberalen Logik zu fügen. Das Leistungsprinzip dient zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Im Rahmen dessen gilt es, „leistungsstarke“ von „leistungsschwachen“ Schüler*innen zu trennen.

Ihre selektive Bildungspolitik verknüpft die AfD mit der Warnung vor einem angeblichen Qualitätsverlust des Schul- und Hochschulbereichs. Sie sieht darin eine der Ursachen für die mangelnde Zahl von Bewerber*innen in einigen Ausbildungsberufen, insbesondere im Handwerk. So behauptet die Partei, dass „Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden“.

Die Fakten zeigen anderes. So hat sich Deutschland in der PISA-Studie in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so niedrig wie selten zuvor. Die Gründe für den Mangel an Bewerber*innen in manchen Ausbildungsberufen liegen anderswo, wie unter anderem die jährlichen Ausbildungsberichte der DGB-Jugend aufzeigen.

Es sind vor allem die Branchen mit mangelhaften Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie unterdurchschnittlicher Entlohnung, denen es schwer fällt, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Solange bei den Unternehmen dazu kein Umdenken stattfindet, werden auch weiterhin Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Fazit:

Nicht die Wissensvermittlung steht im Zentrum der Bildungspolitik der AfD, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke. Die Partei propagiert ganz offen eine Bildung im Sinne neoliberaler Verwertungslogik. Schulen und Hochschulen sollen ausschließlich dazu dienen, Menschen so schnell wie möglich auf die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dazu gehört auch die Ausgrenzung und das Aussortieren von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien.

5. Europapolitik

5.1 Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten

Als Anti-Euro-Partei gegründet, war die Europapolitik lange Zeit das Kernthema der AfD. Die Diskussion um die Zukunft Europas nimmt auch heute in der Partei breiten Raum ein. Wenig Beachtung finden jedoch die fatalen Auswirkungen der europafeindlichen Politik der AfD für abhängig Beschäftigte.

Wie in anderen Politikfeldern kam es in der AfD auch hier in den vergangenen Jahren zu einer Radikalisierung. Kritisierte die Partei bei ihrer Gründung noch primär die Euro-Rettungspolitik, stellt sich die AfD heute generell gegen die europäische Einigung. So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einschränkung der EU-Freizügigkeit und flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Sie will „das Experiment Euro geordnet beenden“ und strebt die „Auflösung der Europäischen Union“ an. Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag Martin Böhm bezeichnet die Europäische Union gar als „Versailles 2.0“ und fordert die Verhandlungen über einen „Dexit“, also den Austritt der Bundesrepublik aus der europäischen Staatengemeinschaft.

In den Bundestagswahlkampf 2021 zog die AfD mit der Forderung nach dem Austritt Deutschlands aus der EU und plädierte für die Auflösung des Schengen-Abkommens, das Reisefreiheit und freien Warenverkehr in Europa regelt.



Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für ein soziales Europa – ganz im Gegensatz zur AfD.

Für die deutsche Wirtschaft und für die abhängig Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa hätten diese Maßnahmen verheerende Auswirkungen. Offene Grenzen haben mehr als nur symbolischen Wert. Sie sind sowohl Wohlstandsfaktor als auch Wirtschaftsmotor. Deutschland ist mit einem Außenhandelsvolumen von rund drei Billionen Euro so stark auf Geschäfte mit dem Ausland ausgerichtet wie nur wenige andere Länder. Mehr als zwei Drittel ihrer Produkte exportieren deutsche Unternehmen in die EU. Mehr als jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland ist vom Außenhandel abhängig und somit auch von offenen Grenzen in Europa. In der Industrie ist es sogar jeder zweite Arbeitsplatz. Der Binnenmarkt und der Euro sichern also Arbeitsplätze, das haben nicht zuletzt die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der zeitweiligen coronabedingten Grenzschließungen gezeigt.

5.2 Gravierende Folgen für Unternehmen und Beschäftigte

Laut einer Studie des Wirtschaftsanalyseinstituts Prognos würde die dauerhafte Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen allein die deutsche Volkswirtschaft 234 Milliarden Euro in einem Zehnjahreszeitraum kosten. Just-in-time-Lieferungen würden der Vergangenheit angehören, europäische Produktionsprozesse durch Grenzkontrollen unterbrochen und die europäischen Wertschöpfungsketten wären massiv beeinträchtigt.

Gravierende Folgen hätte dies sowohl für exportorientierte Unternehmen und deren Beschäftigte, zum Beispiel in der Automobilindustrie oder im Maschinenbau, als auch für den Speditions- und Logistiksektor. 80 Prozent des Warenverkehrs mit den europäischen Staaten wird über Land abgewickelt. Derzeit rollen jährlich mehr als 35 Millionen Lkw über die deutschen Grenzen. „Die Zeche für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen werden die Wirtschaft und die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Zudem wäre dies ein historischer Rückschlag für das europäische Projekt. Wer heute mehr Wohlstand für sich, sein Land und Europa will, muss Haltung zeigen: Für offene Grenzen, gegen nationale Abschottung“, heißt es deshalb in einer Stellungnahme des DGB, der sich für den Erhalt des Schengen-Abkommens und eine Vertiefung der europäischen Beziehungen einsetzt.

Das von der AfD geforderte Ende von Euro, EU und Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit hätte auch für Pendler*innen Konsequenzen. Rund 1,7 Millionen Beschäftigte in Europa überqueren täglich die EU-Binnengrenzen, weil sie in einem EU-Mitgliedsland leben und in einem anderen arbeiten. Viele von ihnen

kommen auch aus grenznahen, strukturschwachen Regionen in Deutschland. „Wenn Schengen länger oder gar dauerhaft außer Kraft gesetzt und das Recht auf Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung durchlöchert wird, schränkt dies die Rechte der Arbeitnehmer dramatisch ein“, so das Urteil des DGB. Statt für weniger plädiert der DGB für mehr Europa, in dem soziale Rechte für alle eine größere Rolle spielen. „Ein starkes und soziales Europa ist ein elementares Interesse aller Beschäftigten“, so DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell.

Fazit:

Die europapolitischen Vorstellungen der AfD gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und setzen Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Leidtragende des anti-europäischen Kurses der AfD wären vor allem Arbeitnehmer*innen.

6. Familienpolitik

6.1 Programm der Ausgrenzung und Diskriminierung

Der Kampf gegen Geschlechtergerechtigkeit, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und sexuelle Vielfalt ist zentraler Bestandteil der Programmatik der AfD. Ideologische Grundlage dafür bietet eine rechtskonservative Familienpolitik, die sich vor allem den Erhalt der „traditionellen Familie“ zum Ziel gesetzt hat.

In der AfD findet dieses Ziel sowohl in einem ausgeprägten Antifeminismus als auch in einem zutiefst homophoben Weltbild seinen Ausdruck. Der hohe ideologische Stellenwert, den der Kampf für eine reaktionäre Politik im Bereich ›Familie‹ in der AfD innehat, wird schon daran deutlich, dass es im etwa hundert Seiten umfassenden Grundsatzprogramm der Partei so gut wie kein Kapitel gibt, in dem der Begriff ›Familie‹ keine Erwähnung findet.

Neben dem eigenen Programmpunkt ›Familien und Kinder‹ spielen diese Vorstellungen in der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik eine wesentliche Rolle. Aber auch, wenn es um Bildung, Steuern, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Wohnungsbau- oder die Integrationspolitik geht, fehlt die Nennung von Kindern oder ›der Familie‹ nicht. Der Partei gelingt es so, zugleich konservative und neoliberale Positionen zu vereinen. Den Rückzug des Staates aus weiten Teilen der sozialen Sicherungssysteme kombiniert die Partei mit dem Plädoyer, die traditionelle Familie zu stärken, die künftig die soziale Verantwortung im Alter, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege übernehmen soll. Wer nicht auf diese familiäre Hilfe bauen kann, steht dann in sozialen Notlagen ohne Unterstützung da.



Homophobie und der Kampf gegen sexuelle Vielfalt gehören zum Markenkern der AfD. Bei einer Lesung von Drag-Queens in München verunglimpft die AfD queere Menschen.

In ihrem Grundsatzprogramm macht die AfD deutlich, dass ihre Vorstellungen vor allem auf die Zurückdrängung und Diskriminierung nicht-traditioneller Lebens- und Beziehungsentwürfe abzielt. Als Familie gilt der AfD nur die Partnerschaft „zwischen Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen“. Das schließt alle Partnerschaften aus, die nicht heterosexuell sind. Aber auch Alleinerziehende und Patchwork-Familien gelten damit nicht als vollwertige Familie.

Dem Bekenntnis zur „traditionellen Familie als Leitbild“ und der klaren Forderung „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ folgt das Lamento über eine angeblich geringe Wertschätzung der traditionellen Familie in Deutschland. Die Familie werde als „wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ durch die Zunahme von Krippen und Ganztagschulen und des „Gender-Mainstreamings“ untergraben.

Daran anknüpfend zeichnet die AfD ein Schreckensbild der demografischen Entwicklung: Die niedrige Geburtenrate führe angeblich zum Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, einer verminderten Wirtschaftsleistung und zu einem „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“. Als zentrales Ziel ihrer Politik beschreibt die AfD eine „aktive Bevölkerungspolitik“, um die Geburtenrate der „deutschstämmigen Frauen“ deutlich zu steigern.

Frauen werden von der AfD auf ihre Rolle als Hausfrauen und Mütter festgelegt und jeder staatliche Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, zum Beispiel durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, wird von der AfD als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet. Dazu passt die von der AfD propagierte Ablehnung des Rechts auf Abtreibung. So will die Partei unter anderem die von vielen Betroffenen schon heute als erniedrigend empfundenen Schwangerenkonfliktberatungen verschärfen. In Bayern wettet die AfD immer wieder gegen eine sogenannte „Abtreibungslobby“, die „Abtreibungen verharmlost oder gar zu einem Menschenrecht erklärt“. 2020 brachte die AfD zudem Anträge in den Bundestag ein, die zum einen Schulen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten darauf verpflichten sollten, sich gegen Abtreibungen und jegliche „Bewerbung von Kinderlosigkeit“ zu positionieren und zum anderen strengere staatliche Kontrollen in der Schwangerenkonfliktberatung fordern.

6.2 Gegen Homo-Ehe und „Frühsexualisierung“

Das Familienbild der AfD geht mit einer offensiven Agitation gegen Homosexuelle einher, denen die AfD unter anderem das Recht auf Ehe absprechen will. In einer gemeinsamen Erklärung aller AfD-Landtagsfraktionen der Bundesländer spricht sich die AfD zudem gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare aus. In Bayern hat die Forderung, homosexuellen Paaren das Adoptionsrecht zu verwehren, auch Eingang in das Programm der AfD zur anstehenden Wahl des Bayerischen Landtags gefunden.

Der CSU wirft die bayerische AfD vor, eine „linke Identitätspolitik“ zu betreiben, so zum Beispiel durch das von der Bayerischen Staatsregierung 2021 verabschiedete Maßnahmenpaket für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Mit den Maßnahmen „bedient die Staatsregierung die Forderungen einer kleinen, aber lautstarken Lobbygruppe, nämlich der Aktivisten der sogenannten LGBTIQ-Community“, so der kinder- und jugendpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Jan Schiffer.

Die Partei ist auch wesentlicher Organisator der „Demo für alle“, die sich von Stuttgart aus auf andere Städte in der Bundesrepublik ausgeweitet hat. Anlass für die Demonstrationen waren ursprünglich der von der baden-württembergischen Landesregierung geplante Bildungsplan 2015 und der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte. Beide sahen vor, Kinder und Jugendliche altersgerecht über das Thema Sexualität aufzuklären und dabei die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu fördern. Das rechtskonservative Lager sah darin eine „Frühsexualisierung und Indoktrinierung im Sinne des Gender-Mainstreamings von Kindern“ und einen Angriff auf die Ehe.



Immer wieder hetzt die AfD auch offen gegen Homosexuelle. Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke beispielsweise beklagt eine „tyrannische Durchsetzung“ sexueller Vielfalt. Homosexualität sei „auf der Grundlage unserer Rechtsnorm nicht zu akzeptieren“ und die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch wettert gegen eine vermeintliche „Schwulen-Lobby“.

Fazit:

Antifeminismus und Homophobie gehören zum Markenkern der AfD und ihre familienpolitischen Vorstellungen gehen mit Ausgrenzung und Diskriminierung einher.

Die Stärkung der „traditionellen Familie“ soll zugleich die sozialen Härten kompensieren, die das neoliberale Programm von Deregulierung und Sozialabbau der AfD mit sich bringt.

Die DGB-Jugend und der DGB stehen, im Gegensatz zur AfD, für Vielfalt statt Ausgrenzung!

7. Gleichstellungspolitik

7.1 Zurückdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt

Nicht der Arbeitsplatz, sondern Kinder, Küche, Kirche seien die Refugien der Frau, so das Credo konservativer Politik. Erst durch harte Kämpfe – nicht zuletzt der Gewerkschaftsbewegung – konnte dieses reaktionäre Denken Schritt für Schritt aufgebrochen werden. Die AfD will die Uhr nun zurückdrehen. Die Partei steht für einen antifeministischen Rückschritt, der auch die Verdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt einschließt. Sämtliche Maßnahmen, die Frauen in einer nach wie vor männlich dominierten Gesellschaft bessere Teilhabe ermöglichen sollen, lehnt die AfD ab.

So fordert die AfD, die Gleichstellungspolitik „als durchgängiges politisches Leitprinzip auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden“. Dieser „unzulässige[...] Eingriff des Staates“ in das Leben der Menschen sei „überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt“.

„Hass ist keine Alternative!“ – das zeigten rund 50 Teilnehmer*innen auf einer Kundgebung gegen die 1. Deutschlandtagung der Alternativen Mitte der AfD in Tettau (Bayern).



In einem 2020 in den Bundestag eingebrachten Antrag mit dem Titel „Gleichstellung beenden“ fordert die AfD die Bundesregierung auf, nationale Gesetze und Initiativen, die das Ziel haben, den Frauenanteil in bestimmten Bereichen zu erhöhen, zu revidieren und „in allen bindenden internationalen Verträgen auf eine Abkehr von der Gleichstellungspolitik hinzuwirken.“

Eine strukturelle Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt gibt es laut AfD nicht. Der „Equal Pay Day“, der auf die großen Unterschiede bei Löhnen und Gehältern von Männern und Frauen hinweist und von Gewerkschaften an vielen Orten mit Aktionen begleitet wird, ist für die Partei ein „Propagandainstrument“, das abgeschafft werden muss. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn bezeichnet die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern als „Märchen“, daher bräuchte es auch „keine Prüfung der Entgeltgleichheit“.

Auch das Bundesgleichstellungsgesetz und ähnliche Regelungen sollen aufgehoben und sämtliche Stellen für Gleichstellungsbeauftragte – für die AfD „Instrumente zur systematischen Männerbenachteiligung“ – gestrichen werden. Ebenso sollen nach Willen der Partei alle Quotenregelungen für Frauen abgeschafft werden. Diese seien „diskriminierend und verfassungsfeindlich“. Die frauenpolitische Sprecherin der bayerischen AfD-Landtagsfraktion Katrin Ebner-Steiner verurteilt ausgerechnet am Weltfrauentag 2022 „Privilegien“ für Frauen. Quotenregelungen seien „planwirtschaftliche Gleichmacherei“ und griffen in „die Grundrechte der Eigentumsfreiheit, der Berufsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit ein“.

Wie gut es ohne Quote funktioniert, beweist die AfD selbst. Sie ist die Partei mit dem mit Abstand geringsten Frauenanteil im Bundestag.

Daneben forderte die AfD die Abschaffung aller Antidiskriminierungsgesetze, darunter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Ziel des Gesetzes ist es, „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“. Für die AfD sind solche Bestimmungen nicht Grundlage menschlichen Zusammenlebens, sondern Eingriffe in die „Vertragsabschlussfreiheit“, die es zu beenden gilt. Folgerichtig stellt sich die AfD in Bayern auch vehement gegen ein bayerisches Antidiskriminierungsgesetz. Ein solches diene „weiteren Gesinnungskontrollen“ und schaffe ein „Klima der Verdächtigung und Einschüchterung“, so der rechtspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Christoph Maier.

Der antifeministische Kurs der AfD beschränkt sich jedoch nicht auf die Landes- und Bundesebene, sondern setzt sich in Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamenten fort. Immer wieder blockiert die AfD dort kommunale Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben und versucht, geförderten Frauenprojekten die Mittel zu entziehen. Versuche, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf staatlich zu fördern, lehnt die AfD als Zwang zur Doppelbelastung ab und beklagt einen „falsch verstandenen Feminismus“, der „einseitig Frauen im Erwerbsleben schätzt, nicht aber Frauen, die ›nur‹ Mütter und Hausfrauen sind“.

Immer wieder wettet die AfD gegen staatliche und kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein Beispiel dafür ist der Münsteraner Stadtrat Martin Schiller, der „eine völlig falsche und familienfeindliche KiTa-Vollversorgungspolitik“ als „katastrophal“ bezeichnet und glaubt, diese habe zum Ziel, „den Eltern möglichst früh die Kinder zu entreißen und sie einer staatlich organisierten Erziehungsanstalt zu übergeben.“ Im Namen der bayerischen AfD-Landtagsfraktion warnt auch Katrin Ebner-Steiner vor einer „Verstaatlichung der Kinder“.

„Nichts kann die elterliche Liebe und Geborgenheit in den ersten Lebensjahren eines Kindes ersetzen. Daher stellen wir uns als AfD-Fraktion vehement gegen eine immer frühere ‚Inobhutnahme‘ der Kinder durch den Staat“, so Ebner-Steiner. Auch der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Sichert ist der Meinung, „Kinder sollen nicht staatlich verwahrt werden.“ Als seien Kinderbetreuungseinrichtungen reine Verwahranstalten und nicht Lernorte für das gesellschaftliche und soziale Miteinander.

7.2 Gegen Gleichstellung und Emanzipation

Im Mittelpunkt des Kampfes der AfD gegen Gleichstellung und Emanzipation steht die Agitation gegen das „Gender-Mainstreaming“. Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Dem Gender-Mainstreaming liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Frauen von politischen Entscheidungen teils in anderer Form betroffen sein können als Männer. Daher hat die Weltfrauenkonferenz 1995 Gender-Mainstreaming als Strategie zum Abbau von geschlechterspezifischer Ungleichheit empfohlen.

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags 1999 wurde die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen in der EU zum gesetzlich verankerten Ziel und auch die Gewerkschaften des DGB bekennen sich zum Gender-Mainstreaming.

Die AfD polemisiert seit ihrer Gründung gegen eine solche Gleichstellungspolitik. Die längst etablierten Instrumente des Gender-Mainstreamings sind laut AfD „Genderwahn und Gleichmachung von Geschlechtern unter einem ideologisch verbrämten Etikett“. Die „Gender-Ideologie“ sei verfassungsfeindlich und diene nach Einschätzung der Partei einzig der Zerstörung der traditionellen Familie.

Fazit:

Die AfD möchte die mühsam erkämpften Errungenschaften der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung aushebeln und lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab. Statt für gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern steht die AfD für eine systematische Zurückdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt und dem öffentlichen Leben.

8. Angriff von Rechtsaußen

8.1 Gewerkschaften im Visier der AfD

Die Politik der AfD ist nicht nur zutiefst arbeitnehmer*innenfeindlich, sie richtet sich auch gegen eine unabhängige Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten. Immer offener ruft die AfD zum Kampf gegen die Gewerkschaften auf. So wächst die Zahl der Fälle von Drohungen, Einschüchterungen bis hin zu tätlichen Angriffen auf Gewerkschafter*innen.

Beispielsweise 2018 in Hanau: Am Rande einer gewerkschaftlichen Kundgebung gegen die AfD wurde dort ein Ordner von zwei AfD-Anhängern von hinten angegriffen und schwer verletzt. In den Wochen und Monaten vor diesem Angriff sah sich der DGB in Hanau einer regelrechten Hetzkampagne der AfD ausgesetzt. Nicht nur in sozialen Medien, auch mit Drohbriefen sollten Gewerkschafter*innen eingeschüchtert werden. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese antigewerkschaftliche Kampagne mit einer Kundgebung der AfD vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus nur wenige Tage vor besagtem Angriff.

Auch in Bayern demonstriert die AfD vor Gewerkschaftshäusern. So 2017 in München, als es ihr trotz einer breit angelegten Schmutzkampagne nicht gelang, den jährlichen Antifaschistischen Kongress der Gewerkschaftsjugend in Bayern zu verhindern. Auf ihrer Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus, an der auch PEGIDA-Aktivist*innen und andere Rechtsextremist*innen teilnahmen, wettete die AfD Bayern gegen die „Arbeitverräter des DGB“ und die „Gewerkschaftsbonzen“.



Wie hier in Bremen treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften jeder Form von Fremdenhass entschieden entgegen.

Die Gewerkschaft ver.di erklärt die AfD zur „Heimat für Linksextremisten“ und zum „Steigbügelhalter der Asyl-Lobby“, die IG Metall zur „Exekutive linker Ideologien“ und deren Seminare zur Demokratiebildung zum „Instrument zur politischen Umerziehung, wie wir sie nur aus Nordkorea oder aus der alten DDR kennen.“

Immer wieder behauptet die AfD zudem, die Gewerkschaften würden mit ihrem Engagement für Klimagerechtigkeit, der Integration Geflüchteter oder dem Einsatz gegen Ausgrenzung und Diskriminierung „aktiv gegen die Interessen der Arbeitnehmer“ handeln oder „die Arbeiter verraten“.

Gleichzeitig hetzt die AfD immer wieder lautstark gegen Streiks. So bezeichnete der Vorsitzende der AfD-Fraktion im hannoverschen Stadtrat, Sören Hauptstein, die Arbeitsniederlegungen im Zuge der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes 2020 als „unverschämt, unanständig und unverantwortlich“ und wandte sich gegen Lohnerhöhungen

„für ohnehin schon privilegierte Beschäftigte, die auf sicheren Arbeitsplätzen sitzen“. Die Arbeitsniederlegungen seien „nichts anderes als ein Streik gegen die Bürger“ und dürften nicht belohnt werden. Einen 18-stündigen Streik für die Erhöhung der Löhne des Flughafen-Sicherheitspersonals an acht deutschen Flughäfen verurteilt die AfD als „Geiselnahme von tausenden Passagieren“. „Derartige massive Streiks schaden uns allen“, heißt es in einer Stellungnahme der Partei.

Zunehmend nehmen auch AfD-Spitzenpolitiker*innen die Gewerkschaften des DGB ins Visier. So nennt die stellvertretende AfD-Parteivorsitzende Beatrix von Storch ver.di eine „offizielle Verbrecherorganisation. Eine Gefahr für die Demokratie. Verfassungsfeinde!“. Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Bystron fordert gar die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz.

8.2 Gewerkschaftsfeindliche Arbeitnehmerorganisationen der AfD

Immer wieder fordern AfD-Funktionär*innen zudem dazu auf, aus der Einheitsgewerkschaft aus- und in die parteipolitischen Arbeitnehmer*innenorganisationen der AfD einzutreten. Derer gibt es inzwischen drei, die allesamt darum konkurrieren, die Interessen von Arbeitnehmer*innen in der AfD zu vertreten.

Bei der Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (AidA) sucht man Beschäftigtenfragen weitgehend vergeblich. Wo man sie doch findet, propagiert auch die Interessengemeinschaft den von der AfD geforderten neoliberalen Umbau des Staates.

So heißt es auf der Homepage von AidA: „[Es gehört] unserer Ansicht nach zur Ehrlichkeit dazu, den Bürgern dieses Landes zu erklären, dass die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden muss und wir die Aufgaben und Absicherungen des Staates bzw. der Träger auf die Kernaufgaben und Kernelemente zurückführen. Nur so kann eine moderne, zukunftsorientierte und generationengerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dauerhaft Bestand haben.“

Im Gegensatz zu AidA agiert die Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) nicht als anerkannte Bundesinteressengemeinschaft der AfD, sondern als Verein. Wie AidA gehört auch AVA zu den Verfechterinnen einer weiteren neoliberalen Deregulierung und eines Abbaus sozialer Sicherungssysteme. So fordert der Verein eine Pflicht für Hartz IV-Empfänger*innen zur gemeinnützigen Arbeit und härtere Sanktionen.

Der DGB stellt sich gegen alle Feinde der Demokratie. Er erinnert hier am Münchner Gewerkschaftshaus an die Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau 2020.



Während Aida und AVA sich ausschließlich als Arbeitnehmer*innenflügel in der AfD betrachten und auch deren unternehmensfreundlichen Kurs weitgehend mittragen, geht es dem Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (Alarm) um weit mehr. Jürgen Pohl, Gründer von „Alarm“ und Bundestagsabgeordneter der AfD, behauptet, die DGB-Gewerkschaften hätten die Interessen der Arbeitnehmer verraten und seien keine Gewerkschaften mehr. „Deswegen brauchen wir eine neue und das wird ›Alarm‹, sein.“, so Pohl. Ziel ist es also, den Gewerkschaften des DGB Konkurrenz zu machen.

Pohl gehört zum völkisch-nationalistischen Flügel der AfD und war zuvor Leiter des Wahlkreisbüros des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke. Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer sind auch der organisatorische Schwerpunkt von „Alarm“. Die erste Aktivität des Verbands war eine Demonstration zum 1. Mai in Erfurt. Vor etwa 1.200 Teilnehmenden sagte Pohl mit Bezug auf die Kundgebung der DGB-Gewerkschaften: „Wir werden den Tag der Arbeit den Händen dieser Arbeitverräter entreißen.“ Außer der Hetze gegen die Gewerkschaften des DGB und politisch Andersdenkende gibt es jedoch kaum inhaltliche Positionen des Verbandes. Aussagen zu Fragen der Wirtschafts-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik sucht man bislang vergebens.

Fazit:

Die Angriffe der AfD auf die Gewerkschaften bestehen nicht nur aus Drohungen, Beleidigungen oder tätlichen Übergriffen. Die Attacke richtet sich vielmehr gegen das Organisationsprinzip der Gewerkschaften selbst. Die Gewerkschaften des DGB verstehen sich als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Nationalität oder sexueller Orientierung und als parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft. Sie stehen damit der Politik der AfD, die auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Spaltung basiert, diametral gegenüber.

**Ganz
rechts
außen.**

**Wie die AfD in
Bayern vorgeht.**

Von Robert Andreasch

Der Erfolg rechtsaußen

Bei der bayerischen Landtagswahl am 14. Oktober 2018 holte die „Alternative für Deutschland“ 10,2 Prozent der abgegebenen Gesamtstimmen. 10,2 Prozent, das heißt in absoluten Zahlen: 1.388.622. Damit zog die extrem rechte Partei erstmals (und mit zunächst 22 Abgeordneten) ins Maximilianeum ein. Im Frühjahr 2023 sehen Meinungsforschungsinstitute die AfD in Thüringen (wo im Herbst 2024 der neue Landtag gewählt wird) als derzeit stärkste Partei. Deren zunehmende kommunale Verankerung zeigte sich im Juni 2023 besonders drastisch: Im an Bayern angrenzenden thüringischen Landkreis Sonneberg gewann der AfD-Kandidat Robert Sesselmann mit 52,8 Prozent der abgegebenen Stimmen die Landratswahl. Im sachsen-anhaltinischen Raguhn-Jeßnitz wurde im Juli 2023 zum ersten Mal ein AfD-Kandidat hauptamtlicher Bürgermeister einer deutschen Stadt.

Eine soziale Bewegung von rechts

Die Wahlergebnisse kommen nicht überraschend. Denn in den letzten Jahren ist eine starke „soziale Bewegung von rechts“ angewachsen. Immer mehr rechte Akteur*innen und Gruppen mobilisieren ihre Sympathisant*innen zu einer Vielzahl rechter Aktionen im öffentlichen Raum. Das kann von Infoständen und Versammlungen bis zu bedrohlichen Aufläufen vor den Unterkünften von Geflüchteten reichen. Nach „PEGIDA“ und anderen geflüchtetenfeindlichen Initiativen ab den Jahren 2014/2015 konnten verschwörungsideologische und rechte Akteur*innen in der Zeit der Corona-Pandemie (2020 – 2023) im gesamten Bundesgebiet Zehntausende zu Aufmärschen auf die Straße bringen.

Deutschland erlebte zuletzt eine heftige rechte Gewaltwelle. Im Jahr 2022 gab es so viel politisch rechtsmotivierte Kriminalität wie noch nie zuvor. Bayern bildet hier keine Ausnahme. 2021 zählten die Behörden hier beispielsweise allein 1.142 rassistische Straftaten gegen Migrant*innen oder Geflüchtete. Wie die bayerische Beratungsstelle B.U.D. („Beratung. Unterstützung. Dokumentation.“) berichtete, haben sich im Jahr 2022 34 von einem rechtsmotivierten Angriff Betroffene an die Einrichtung gewandt. Gewalt, Drohungen und Anfeindungen richten sich zunehmend auch gegen Unterstützer*innen von Geflüchteten, gegen Medienvertreter*innen, Lokalpolitiker*innen und Klimaaktivist*innen.

Von der Einstellungszur Handlungsebene

Dass so viele Menschen eine extrem rechte Partei wie die AfD wählen, für reaktionäre und verschwörungsideologische Inhalte auf die Straße gehen, die Demokratie ablehnen oder gar bereit sind, Menschen und ihre Unterkünfte anzugreifen, zeigt: Vorurteile und Hass bleiben nicht auf die Einstellungsebene begrenzt, sondern wirken sich nun auch auf konkrete Handlungen aus. Und extrem rechte Einstellungen sind nicht nur in einem kleinen „Rand“ der Gesellschaft verbreitet, sondern werden von vielen Menschen geteilt.

In einer Untersuchung zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ in Bayern war eine Forschergruppe der Universität Leipzig bereits im Jahr 2014 zu schockierenden Erkenntnissen gekommen: „Die Ausländerfeindlichkeit ist im gesamten Bundesgebiet die Dimension, die die höchsten Zustimmungswerte erfährt. Im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet (jeder Fünfte) fällt das Ergebnis für Bayern aber noch drastischer

aus: Mit 33,1% stimmt jeder Dritte den Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt zu. Damit liegt die Ausländerfeindlichkeit in Bayern sogar noch höher als in den ostdeutschen Bundesländern (30,5%).“ Der Leipziger Fragebogen erfasste auch den klassischen primären Antisemitismus. Für Bayern fällt er vergleichsweise hoch aus: „12,6% der Befragten bejahen antisemitische Aussagen. (...) Fast 40% der Bayern schreiben Jüdinnen und Juden ‚zu viel‘ Einfluss auf die ‚Wall Street‘ zu, womit ein klassisches Motiv des Antisemitismus anklingt: Es bringt paranoide Phantasien von einer versteckten Macht von Juden mit dem Vorurteil von der jüdischen Dominanz in der Finanzwirtschaft zusammen. Jeder Dritte rechnet jüdischen Deutschen die Politik der israelischen Regierung zu. Die geringste Zustimmung findet die Behauptung, Jüdinnen und Juden hätten eine Mitverantwortung an ihrer Verfolgung, doch auch diese Aussage findet noch bei fast jedem siebten Befragten Bestätigung. Noch deutlicher fällt die Zustimmung zu den sekundär antisemitischen Aussagen aus. (...) Jede der Aussagen findet bei mindestens 43% der Befragten Zustimmung. Damit ist noch immer nahezu jeder Zweite mit der Aussage einverstanden, dass der Holocaust heute von Jüdinnen und Juden ausgenutzt wird. (...) Für die bayerischen Befragten ist die Verharmlosung des Nationalsozialismus eher zustimmungsfähig als im übrigen Westdeutschland und in Ostdeutschland, wo verharmlosende Aussagen nur ein minimales Echo finden.“

[Zitiert nach: Oliver Decker und Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Bayern. Online abrufbar unter https://katharina-schulze.de/wp-content/uploads/2014/11/2014*rechtsextreme*einstellungen*in*bayern*mitte-studie.pdf]

Was die Sozialwissenschaftler*innen hier vor längerer Zeit empirisch belegt haben, kennen bayerische Antirassist*innen und Demokrat*innen aus eigener Erfahrung: Vielfach müssen sie gegen eine Wand aus Rassismus und Verschwörungsideologien anreden, oft auch verbunden mit einer Ablehnung von demokratischen Institutionen und Mehrheitsentscheidungen. In sozialen Netzwerken ist die Verrohung und Radikalisierung in Inhalt und Sprache unübersehbar: Geflüchtete werden beispielsweise als „Invasoren“, die Bundesrepublik als „Regime“, Politiker*innen als „Volksverräter“ oder engagierte Demokrat*innen als „linksgrün versifftete Gutmenschen“ bezeichnet. Offen wird über Gewaltanwendung, Bewaffnung, Selbstjustiz, die Inanspruchnahme eines „Widerstandsrechts“ oder über einen Systemsturz gesprochen.

Die Themen

Bei der AfD wie auch bei den anderen Akteur*innen der stark angewachsenen „sozialen Bewegung von rechts“ haben sich zentrale Kampagnenthemen herausgebildet:

- **Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und Antifeminismus.** Behauptet wird, dass durch Selbstbestimmung, Flexibilisierung geschlechtlicher Identität oder fortschrittliche Sexualpädagogik der Untergang wahlweise des „deutschen Volkes“ oder des „christlichen Abendlandes“ drohe.
- **Rassistische Hetze gegen Geflüchtete.** Behauptet wird, durch Zuwanderung sei die biologische oder kulturelle „Substanz“ des „deutschen Volkes“ gefährdet und es fände eine „Islamisierung Europas“ statt.
- **Ablehnung einer demokratischen und offenen Gesellschaft, Wunsch nach einem Umsturz und einem autoritären System.**

Transfeindliche, queerfeindliche und antifeministische Kampagnen

Das Geschlechterverhältnis ist – neben sozialer und „ethnischer“ Zugehörigkeit – der wichtigste soziale „Platzanweiser“ in der Gesellschaft. Die Rechten sagen, es gebe einzig zwei mögliche Geschlechter, „Mann“ und „Frau“ (und diese werden als ungleichwertig gesehen). Ihnen werden Eigenschaften zugeschrieben, die als typisch „männlich“ oder „weiblich“ gelten. Frauen wird beispielsweise wieder überwiegend die Aufgabe der Mutterschaft und Erziehung der Kinder im Haushalt zugedacht. Zentral ist das Modell der heterosexuellen Familie, dagegen wird eine Pluralisierung familialer Lebensformen bekämpft. Mit den Schlagwörtern von der „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“ wird von rechts gegen die Selbstbestimmung der geschlechtlichen Identität, gegen die akademischen Geschlechterstudien/gender studies, gegen queere Lebensentwürfe, gegen Sexualpädagogik und gegen feministische Politik gehetzt. Queere Sexualität wird als Sinnbild für „Moderne“, „Dekadenz“ und eine „Verweiblichung der Männer“ bekämpft. Es kommt zu Feindseligkeiten und Gewalt gegen Queers, Trans und Intersexuelle.

Die AfD Bayern ist mit Plakaten („Deutsch statt Gendern“), Sharepics in sozialen Netzwerken („Transgender-Propaganda macht keinen Halt vor ‚Sendung mit der Maus‘“) und Kundgebungen (z. B. „Hände weg von unseren Kindern! – Genderpropaganda verbieten!“ im Juni 2023) und Anträgen (z. B. im Stadtrat München: „Kein Gendern in amtlichen Schreiben“) massiv an solchen sexistischen Kampagnen beteiligt. Im November 2022 betonte die AfD Bayern ein „Leitbild der traditionellen Familie“: „Das Familienbild aus Vater, Mutter und Kind(er) ist ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft.“



Mit Schlagwörtern wie „Genderirrsinn“ und „Frühsexualisierung“ wird von rechts gegen queere Lebensentwürfe, Sexualpädagogik und feministische Politik gehetzt.

Der Rosenheimer AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Winhart griff auf Twitter die Grünen-Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer an: „Was ist für Euch das richtige Geschlecht von Tessa Ganserer?“. Im Juli 2023 warnte die AfD in Bad Neustadt an der Saale mit „Warntafeln“ vor dem „Fest der Vielfalt“ dort: „Kinder schützen! Genderirrsinn stoppen!“.

Rassistische Kampagnen

Die Fokussierung auf Geflüchtete ist für die extreme und populistische Rechte aus mehreren Gründen naheliegend. Sie kann an alte, im kollektiven Gedächtnis verankerte rassistische Bilder und Unterstellungen gegenüber „Fremden“ andocken. Die Ressentiments verschmelzen mit einem Nationalismus, der die Nation als etwas Stabiles, Homogenes und Geordnetes darstellt. Der Rassismus gegen Geflüchtete wird nicht zuletzt in der Forderung nach „Law and Order“, d. h. nach Abschottung und Härte, mit einem starken Autoritarismus verwoben.

Auch bei der bayerischen AfD stehen Kampagnen gegen Zuwanderung im Vordergrund. Mit rassistischen Plakaten, Flugblättern, Veranstaltungen und Versammlungen



Petr Bystron (l.), bayerischer AfD-Bundestagsabgeordneter, und Martin Sichert, ehemaliger Landesvorsitzender der AfD Bayern, bei einer AfD-Kundgebung in Nürnberg

macht die Partei Stimmung. Die AfD Bayern verbreitete während der Corona-Pandemie beispielsweise das Sharepic „Kein Urlaub wegen Corona, aber Flüchtlinge werden eingeflogen!“. Im Landtag verwendet die AfD seit Jahren konsequent den einst aus der Szene der neofaschistischen „Identitären“ stammenden Begriff der „Remigration“, um Massenabschiebungen zu fordern. Und auch die AfD München plakatierte zu Beginn des Landtagswahlkampfes 2023: „Es reicht! Remigration statt Massmigration!“. Der AfD-„Spitzenkandidat“ Martin Böhm begann den Wahlkampf unter anderem mit der Parole „Festung Deutschland – Grenzen schließen, Sicherheit garantieren“.

Der führende Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke hatte in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluß“ offen beschrieben, welch gewaltförmiges Vorhaben das werden soll: „Ja, neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen.“

Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Für die Zukunft deutet sich eine erneute Ausweitung der rassistischen Kampagnen an. So hat die AfD begonnen, gegen Sinti und Roma zu hetzen. Die AfD-Landtagsabgeordneten Christoph Maier und Richard Graupner posten immer wieder rassistische Texte, in denen sie das antiziganistische Z-Wort verwenden: „Z*****-Migranten aus der Ukraine“, oder „Münchner Flüchtlingsheim: Z*****-Clans statt ukrainische Frauen und Kinder“ heißt es beispielsweise.

Die AfD will ausdrücklich eine völkische Politik rehabilitieren – sie zieht eine Grenze gegenüber all denen, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören sollen. „Volk“ wird wieder als „natürliche“ und in seiner „ethnischen“ Homogenität zu bewahrende Schicksalsgemeinschaft verstanden. Der unterfränkische AfD-Landtagsabgeordnete Richard Graupner postete gegen die Bundesregierung: „Rot-grün-gelb arbeitet mit Volldampf an der ethno-kulturellen Selbstabschaffung Deutschlands.“

Die Agitation von rechts wird dadurch unterstützt, dass eine Politik der Panikmache, der Abschottung und Abwehr längst etabliert ist. Hinzu kommt eine zunehmende Verrohung des Diskurses in Inhalt und Sprache sowie die in sozialen Netzwerken zu beobachtende Selbstradikalisierung. So entsteht eine Dynamik ständig zunehmender Radikalität. Björn Höcke schrieb nach der Bundestagswahl 2021: „Das wichtigste Wählerpotential besteht in dem großen und weiter wachsenden Reservoir der Nichtwähler. Diese Klientel steht in fundamentaler Opposition zu der herrschenden Politik und läßt sich nicht mit lauen, biederemännischen und angepaßten Positionen an die Wahlurne bringen.“

Der Wunsch nach einem Umsturz und einem autoritären System

In seinem Buch „Nie zweimal in den selben Fluß“ hatte der AfD-Politiker Björn Höcke schon 2017 geschrieben: „Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen, aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.“ Zu Höcke unterhalten die führenden bayerischen AfD-Akteur*innen seit Jahren engste Kontakte, Protschka sowie die AfD-Spitzenkandidat*innen zur bayerischen Landtagswahl 2023, Katrin Ebner-Steiner und Martin Bohm, traten mit Höcke nicht zuletzt am 17. Juni 2023 auf einer gemeinsamen Kundgebung in Mödlareuth auf.

Längst ist ein radikales Auftreten innerhalb der AfD hegemonial geworden. Nur noch selten wird aus Rücksicht auf eine (bereits bestehende oder drohende) Beobachtung durch den Verfassungsschutz zurückhaltender formuliert. Stattdessen wird zunehmend offen ein Systemumsturz durch zunächst „Kulturkampf“, Rebellion und Fundamentalopposition propagiert und dazu die Vernetzung mit dem „Vorfeld“, d. h. anderen extrem rechten oder neofaschistischen Akteur*innen gesucht. Auf Antrag bayerischer AfD-Funktionär*innen hat der letzte AfD-Bundesparteitag die neonazistische durchgesetzte Betriebsliste „Gewerkschaft Zentrum“ (früher: „Zentrum Automobil“) von der sog. „Unvereinbarkeitsliste“ der Partei gestrichen. In der Begründung hieß es: „Jede alternative Gewerkschaft, die nicht zum DGB gehört, sollte unterstützt werden.“ Als



Auch bei der bayerischen AfD stehen Kampagnen gegen Zuwanderung im Vordergrund.

die Sicherheitsbehörden ab Dezember 2022 gegen fast 70 Menschen der sogenannten Reuß-Gruppe wegen Putsch- und Umsturzplänen ermittelten, nahmen sie auch die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann in Untersuchungshaft.

Verschwörungs-ideologien und Antisemitismus

Auffällig ist, dass viele Inhalte der bayerischen AfD mit einem sehr starken verschwörungsideologischen Moment verbunden sind. Katharina Nocun und Pia Lamberty definierten in ihrem Buch „Fake Facts“ eine Verschwörungserzählung als „eine Annahme darüber, dass als mächtig wahrgenommene Einzelpersonen oder eine Gruppe von Menschen wichtige Ereignisse in der Welt beeinflussen und damit der Bevölkerung gezielt schaden, während sie diese über ihre Ziele im Dunkeln lassen“.



AfD-Politiker nannten die Corona-Pandemie eine „Fake-Pandemie“ und stilisieren sich öffentlich gern zu (vermeintlichen) Freiheitskämpfer*innen wie hier bei einer AfD-Kundgebung in Nürnberg.

Der Lindauer AfD-Politiker Rainer Rothfuß fragte beispielsweise in sozialen Medien raunend, ob man bei den Impfungen gegen Covid-19 „tot geboostert“ würde. Der Münchner AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron nannte die Corona-Pandemie nicht nur eine „Fake-Pandemie“ sondern postete auch, Geimpfte hätten anschließend „komische gummiartige Dinger“ im Körper. Die AfD Bayern verbreitete die Panikmache „Viele Geimpfte werden autoimmunkrank“. Bystron bewarb auch eine verschwörungsideologische Dokumentation zum angeblichen „Great Reset“. Dieser Verschwörungserzählung zufolge sind Anpassungen und Modernisierungen der Weltwirtschaft keine Reaktionen auf Klimawandel und Corona-Pandemie. Das World Economic Forum (WEF) und andere hätten diese beiden Krisen stattdessen erfunden und inszeniert, um einen Vorwand für Veränderungen zu haben. Bystron schrieb: „Wow...welch ein Kracher! The big reset ist eine herausragende Doku darüber, worum es bei COVID-19 und dem GREAT RESET der Eliten wirklich geht! Der Film zeigt auf, wer genau die Macher im Hintergrund und ihre Pläne der Agenda 2030/des GREAT RESET sind, welches Netzwerk sie haben und

mit welchen CIA-Methoden sie arbeiten.“ Insbesondere die Kampagnenthemen des Rassismus und der Trans- und Queerfeindlichkeit sind oft gleichzeitig auch Verschwörungsthemen: Die AfD behauptet hinter den politischen Entwicklungen die Existenz von omnipotenten Mächten („Zuwanderungsindustrie“, „Homolobby“, „Genderlobby“ u. v. m.), die die politischen Akteur*innen steuern würden.

Immer wieder gibt es Beispiele für offenen Antisemitismus bei Akteur*innen der bayerischen AfD. Der Münchner AfD-Politiker Bruno Fuchert beispielsweise postete den Satz „Schämen sich die zwangsgeldfinanzierten deutschen Mediengestalter gar nicht, das deutsche Bildungsvolk mit einer deutschen Dauerschuld zu berieseln?“. Verbunden mit einer extrem antisemitischen Karikatur, bei der ein Zuschauer von einem stereotyp „jüdischen“ Mann (es handelt sich um das antisemitische und abwertende Meme des „Happy Merchant“) aus einem mit einem Davidstern versehenen Fernsehgerät heraus manipuliert wird. Als Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) München, vor dem offenen Antisemitismus auf den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen warnte, schrieb der niederbayerische AfD-Landtagsabgeordnete Ralf Stadler: „Nun werden anständige Bürger die zu den Corona Demos kommen als judenfeindlich abgestempelt. Man sollte mal hinterfragen, wer diese Keule dauernd gegen die Deutschen einsetzt und sie mitsamt ihren Securities bezahlt.“ Stadler und die AfD Passau haben sich mehrfach für die Holocaustleugnerin und Neonazistin Ursula Haverbeck eingesetzt. Stadler schrieb unter anderem anlässlich der Inhaftierung Haverbecks: „Für mich als Stimmkreisbewerber ein etwas gewagter Post, trotzdem empfinde ich es eine Schande wie in Deutschland mit ‚einfachen‘ Menschen umgegangen wird, EGAL was sie angestellt haben. Man hätte ihre Aussage

ohne Probleme dem Alter zurechnen können und von einer Haft absehen können (...) Frau Haverbeck wenigstens bekommen sie nun auf Staatskosten eine rundum Versorgung (...) Ich wünsche Ihnen alles Gute.“

Die AfD in der Corona-Pandemie

Die AfD engagierte sich sowohl in den Telegram-Kanälen als auch bei den tausenden Versammlungen der bayerischen Pandemie-leugner*innenbewegung aktiv. Die AfD im Oberallgäu forderte beispielsweise „Schluss mit dem Corona-Regime!“, die AfD Starnberg betitelt eine Veranstaltung mit „Corona: Impfhysterie und globalistischer Angriff auf den Nationalstaat“.

Die AfD Bayern relativierte den Nationalsozialismus, in dem sie das überarbeitete Infektionsschutzgesetz der Bundesregierung als „neues Ermächtigungsgesetz“ bezeichnete. Im März 2021 veranstalteten AfD-Politiker*innen eine Kundgebung in Berchtesgaden: „Schluss mit dem Lockdown“. Nachdem die Einführung einer bundesweiten Impfpflicht scheiterte, jubelte die AfD-Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner: „Der grandiose Erfolg lehrt uns: Wir brauchen die Repräsentanz in den Parlamenten UND den Widerstand auf der Straße“.

Klimawandelleugnung und Hetze gegen Klimaaktivist*innen

In der bayerischen AfD wird der menschengemachte Klimawandel geleugnet oder verharmlost, man will die Erderwärmung jedenfalls nicht durch Maßnahmen bremsen. Im Februar 2021 veröffentlichte die bayerische AfD ihre sogenannte „Aichacher Erklärung“. Darin heißt es: „Die Klima- und Coronahysterie wie auch die Genderideologie wirken hingegen zerstörend auf das Seelenleben der heute aufwachsenden jungen Menschen und verbauen ihnen mit ihren falschen Moralismen den Weg zu einem positiven Verhältnis zur eigenen Identität.“ Eines der neuen Feindbilder seitens der AfD sind Klimaaktivist*innen, z. B. aus der gewaltfreien Gruppe „Letzte Generation“. Der AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka nannte sie eine „neue RAF“ und forderte in der für die extreme Rechte typischen Überdramatisierung „Schluss mit dem Terror gegen die Bevölkerung“. Der Münchner AfD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle sprach von einer „Grünen Armee Fraktion.“

Soziale Proteste von rechts

Ab Sommer 2022 hat die AfD mehrfach versucht, die großen Proteste der Pandemie-leugner*innen und Maßnahmengegner*innen in Mobilisierungen zu neuen Themen zu überführen, z. B. zu Fragen der Energieversorgung oder der Landwirtschaft. Außerdem hat sie sich oft pro-Putinsche Behauptungen zu eigen gemacht, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gerechtfertigt oder relativiert und sich selbst zeitweise als „Friedenspartei“ zu inszenieren versucht.

Die Strategien der AfD und die Folgen

Die Stimmungsmache der Bayern-AfD folgt dabei gezielten Strategien:

- Politisierung, Radikalisierung und Eskalation statt Befriedung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte
- Direkte Ansprache bereits ressentimentgeladener Menschen, die mit bestimmten Stichwörtern getriggert und mit radikalen Positionen an die Wahlurnen gebracht werden sollen
- Erweiterung des gesellschaftlich Sagbaren durch ständige Provokationen und Tabubrüche, weitere Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts
- Verdrängung von Vielfalt und Toleranz, Zurückdrängung von Emanzipation und Aufklärungsbemühungen
- Einschüchterung von politischen Gegner*innen

Diese Strategien haben massive Auswirkungen auf die von den rechten Ideologien Betroffenen und auf die durch die AfD-Kampagnen Diskriminierten. Zudem sollen auch AfD-Gegner*innen und Medienvertreter*innen z. B. durch öffentliche Bloßstellung und juristische Klagen eingeschüchtert werden. Immer wieder widmet sich die AfD in Landtagsanfragen Jugendgruppen oder linken Strukturen in Bayern, die somit unter Druck geraten sollen. Detailliert fragt die AfD darin z. B. nach Anmelder*innen von antifaschistischen Gegenkundgebungen. In Zusammenarbeit mit der neurechten Kampagnenagentur „Ein Prozent“ veröffentlichte der AfD-MdL Christoph Maier eine Broschüre „Der linke Radikalismus in Schwaben“, worin er kritische Medienprojekte wie „Allgäu rechtsaußen“, antifaschistische Initiativen und auch das schwäbische Landestheater in Memmingen ins Visier nahm.

Volk und Volkswille?

Man will bei der AfD die Errungenschaften der Aufklärung und die Komplexität der modernen Gesellschaft gleichermaßen weg haben, sehnt sich gewissermaßen hin zu einer eindeutigen, widerspruchsfreien Identität und Gemeinschaft, zu einem angeblichen früheren „Naturzustand“.

Die derzeitige Politik von rechts ist eine offensive Abwendung von der Demokratie. Politik wird emotionalisiert, gesellschaftliche Konfrontationen werden verschärft und nicht zu befrieden versucht. Eine Politik mit Aushandlung und Verfahren wird abgelehnt; stattdessen wird die (sofortige) Durchsetzung eines angeblichen „Volkswillens“ propagiert. Da es sich dabei um den „gesunden Menschenverstand“ handele, brauche dieser keine weitere Legitimierung.

Meinungsfreiheit?

Die radikalen Rechten stilisieren sich gern zu Tabubrecher*innen und Freiheitskämpfer*innen, die mutig gegen einen angeblich gleichgeschalteten, öffentlichen Diskurs rebellieren würden: „Das wird man doch wohl sagen dürfen!“. Tatsächlich handelt es sich hierbei – nicht nur vor dem Hintergrund eines z. B. längst allgemein etablierten rassistischen Diskurses – um eine Täter-Opfer-Umkehrung. Es sind die radikalen Rechten, die sich statt für mehr Autonomie für eine autoritäre Gemeinschaft einsetzen. Es sind sie, die statt für Emanzipationsprozesse für das Reaktionäre kämpfen. Und es sind sie, die Menschen an politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe hindern wollen oder sie verängstigen und einschüchtern.

Sorgen und Ängste?

Die Berufung auf angebliche Ängste vor den Entwicklungen moderner Gesellschaften hat für die radikale Rechte einen strategischen Vorteil. Man pocht auf die Authentizität dieses geäußerten Gefühls und kann so kritische Gegenargumente unterlaufen. Das Brüllen, die Rohheit und der Hass verraten allerdings, dass hier oftmals eher Aggression als Angst am Werke ist. Der Soziologe Ulrich Bröckling hat die soziale Bewegung von rechts daher als „Erregungsgemeinschaft“ beschrieben, in der man nicht (besorgt!) nach politischen Lösungen für Probleme und Konflikte sucht, sondern sich stattdessen zusammenrottet, alle zivilisatorischen Hemmungen hinter sich lässt und sein Mütchen an Schwächeren kühlt, um es damit „denen da oben“ mal richtig zu zeigen.

2023 ist die Situation noch weiter fortgeschritten, es bleibt längst nicht beim kurzzeitigen Hochkochen von Themen. Der Politikwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer beschreibt im Juni 2023, dass die AfD längst ein ganz anderes System anstrebt:

„Das Autoritäre besteht darin, ein verändertes Ordnungsmodell anzustreben, mit traditionellen Lebensweisen, klaren Hierarchien und dichotomischen Gesellschaftsbildern, die ‚Wir gegen die‘, ‚Innen gegen Außen‘, oder ‚Eigenes gegen Fremdes‘ positionieren. Beim Nationalistischen geht es um Überlegenheitsansprüche deutscher Kultur, eine veränderte Geschichtsschreibung und Deutschsein als zentralen Identitätsanker“.

Der bayerische AfD-Landesverband und die „Junge Alternative“

Der Landesverband mit Sitz im mittelfränkischen Greding verfügte im März 2023 über ca. 4.650 Mitglieder. Zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen am 8. Oktober 2023 wird die AfD in allen bayerischen Bezirken Kandidat*innenlisten und in allen Wahlkreisen Direktkandidat*innen aufstellen.

Die Bayern-AfD wird seit Oktober 2021 von Stephan Protschka aus dem niederbayerischen Mamming geleitet. Im Jahr 2019 stiftete Protschka neben u. a. der Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf und der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) Geld für einen Gedenkstein im polnischen Bytom. Darauf wird deutscher „Selbstschutzkämpfer“ gedacht. Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ war im Zweiten Weltkrieg an der Ermordung zehntausender Pol*innen und Juden*Jüdinnen beteiligt. Als Protschka im Februar 2023 auf einer AfD-Kundgebung in Bach an der Donau gegen Geflüchtetenunterbringungen wettet, legt er auch gegen „hirngewaschene (...) Ökofaschisten“ los, er meint damit offensichtlich den lauten Gegenprotest. Die Frauen dort sollten sich „doch mit gespreizten Beinen hinlegen auf die Straße“.

Reaktionäre Straßenbewegungen und die AfD als Partei haben zahlreiche Schnittmengen. Teilweise besteht zwischen Akteur*innen der Partei, der Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) und extrem rechten Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ (IB) oder ultrarechten Burschenschaften Personenidentität. Schon im Jahr 2017 hatte sich Petr Bystron, der damalige bayerische AfD-Landesvorsitzende und heutige Münchner AfD-Bundestagsabgeordnete, in mehreren Redebeiträgen bei Parteigliederungen offensiv zu „PEGIDA“ und zur extrem rechten „Identitären Bewegung“ bekannt. Diese Positionierung bekräftigte er im April 2017 in



Die AfD bei einer ihrer Kundgebungen: Mit dem Slogan „Unser Land zuerst“ geht eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung einher.

seinem Artikel „Die Schutzschild-Strategie“, den er auf dem anonym betriebenen, rassistischen Webportal „PI-News“ veröffentlichte:

„Wir müssen als parlamentarische Partei das Schutzschild für all die Menschen sein, die sich bei Pegida, bei der IB, bei Sichere Heimat, Demo für alle etc. engagieren. Sie zeigen Mut, sie gehen auf die Straße, sie zeigen Missstände auf und erzeugen Druck auf das System.“

Die JA ist in Bayern flächendeckend nicht gut aufgestellt. In ihren wenigen Aktivitäten greift sie vor allem das auf, was in den letzten Jahren auch die Jugendarbeit neonazistischer Gruppen geprägt hat; seien es Sonnwendfeiern, Wanderungen und Lager einerseits oder Kränze zum Volkstrauertag und geschichtsrevisionistische Posts zur Erinnerung an die alliierten Bombardierungen von Dresden am Ende des Zweiten Weltkriegs andererseits. Auf dem Landesparteitag der AfD in Greding 2023 hängten JA-Akteur*innen aus dem Bezirk Schwaben ein Transparent in den Saal, das in Wortwahl, Design und Typographie exakt den Bannern der „Identitären Bewegung“ entsprach: „Unser Volk zuerst – Autarkie – Souveränität – Remigration“. Für ein Foto posierte der AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka bereitwillig mit ihnen vor dem Transparent.

AfD und konservative Parteien

Wirkmächtig kann eine radikal rechte Partei wie die AfD nicht nur durch die Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas werden. Eigene Wahlerfolge können sie in eine parlamentarische Machtposition bringen, durch eigene Mehrheiten, als Koalitionsoption oder als „Zünglein an der Waage“ bei Abstimmungen. In Bayern ist die AfD mit Anträgen und bei parlamentarischen Abstimmungen nur selten (z. B. in den Landtagsausschüssen) erfolgreich. Aber der Druck der radikalen Rechten kann in der Tat dazu führen, dass konservative und andere etablierte Parteien mehr und mehr die Politik von rechts übernehmen. Dass die Politik des „rechten Randes“ so schnell und ziemlich ungehindert „in die Mitte“ kommen kann, liegt auch daran, dass die extrem rechten Versatzstücke manchmal nur radikale Zuspitzungen dessen sind, was bei anderen Parteien längst als „normal“ gilt. Hinzu kommt, dass es auch ideologische „Brücken“ zwischen dem Konservatismus und der extremen Rechten gibt, z. B. in den Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis und Beziehungsformen, im Prinzip von Konkurrenz und Leistung (Konservatismus) bzw. Sozialdarwinismus (extreme Rechte). Für Konservative jeweils anschluss- oder konsensfähig haben sich neben dem Thema Schwangerschaftsabbruch/§218 und „Anti-Gender“-Themen insbesondere auch die radikal rechte Panikmache vor einem „Untergang des Abendlandes“ sowie autoritäre Forderungen nach einer Grenzschießung oder mehr Überwachung erwiesen.

Am Agieren der CSU vor und nach der Bundestagswahl 2017 hat sich diese Radikalisierung von Rand und Mitte gut analysieren lassen: Sie reichte zunächst von der Einladung des ungarischen extrem rechten Ministerpräsidenten Viktor Orbán durch die CSU, der Verabschiedung eines rassistischen Integrationsgesetzes, dem ständigen Propagieren einer „Obergrenze“ für Geflüchtete

und CSU-Tweets gegen „den Genderwahn“ bis zur verzögerten Inkraftsetzung der neuen Richtlinien zur Sexualerziehung an bayerischen Schulen. Nach der Bundestagswahl forderten CSU-Politiker, angesichts des AfD-Wahlerfolgs nun aber endlich die „rechte Flanke schließen zu müssen“. Der österreichische Politikwissenschaftler Wilibald Holzer hat schon vor Jahrzehnten dafür den Begriff der „Extremisierung des Konservatismus“ entwickelt. Eine der Folgen des Agierens und Reagierens der CSU auf die AfD besteht in der Erhöhung der sozialen Akzeptanz extrem rechter Ideologien – was in einem spiralförmigen Verhältnis wiederum zu einer Radikalisierung rechter Forderungen führen wird. Nach der Bundestagswahl 2017 heizte der CSU-Bundestags-Landesgruppenchef Dobrindt die feindselige Stimmung weiter an. Dobrindt forderte im Januar 2018 in einem Zeitungsbeitrag für „Die Welt“ eine „Konservative Revolution“. Damit benutzte der studierte Soziologe Dobrindt bewusst eine Vokabel der sogenannten „Neuen Rechten“. „Konservative Revolution“ ist deren Sammelbegriff für ideologische (auch faschistische) Strömungen der 1920er Jahre. In der „BILD“ ätzte Dobrindt gegen links: „In manchen Bundesländern kann man den Eindruck bekommen, dass linke Chaoten eher geschützt als bestraft werden“ und in den sozialen Netzwerken bediente er rassistische Ressentiments. „Fakt ist: Multikulti ist gescheitert. Politische Korrektheit ist keine Heimat“, schrieb Dobrindt. Und: „der Islam ist für unser Land kulturell nicht prägend und er soll es auch nicht werden.“ Die CSU-Landesgruppe im Bundestag verbreitete ein weiteres antimuslimisches Statement ihres Landesgruppenchefs: „Das Kruzifix steht für die christlichen Werte, die unsere Rechtsordnung prägen – das Kopftuch NICHT!“. Als Viktor Orbán und seine ultrarechte FIDESZ-Partei im April 2018 die ungarischen Parlamentswahlen gewannen, jubelten die Rechtspopulist*innen international, z. B. Marine Le Pen in Frankreich



Auf einer Demo in Deggendorf protestieren Demonstrant*innen gegen die AfD.

oder Geert Wilders in den Niederlanden. In Deutschland jubelten CSU und AfD gleichermaßen. Alexander Dobrindt sagte über den ungarischen Ministerpräsidenten, der im Wahlkampf eine massive, antisemitische Kampagne gegen den amerikanischen Milliardär George Soros initiiert hatte: „Ich gratuliere unserem Freund Viktor Orbán zu seinem starken Wahlerfolg“. Dessen Stimmengewinn sei „eine klare Bestätigung von Orbáns bürgerlich-konservativem Kurs für ein erfolgreiches Ungarn, eine Begrenzung der Zuwanderung und ein sicheres Europa.“ Die AfD-Bundestagsfraktion titelte: „Ein guter Tag für Europa!“

Fünf Jahre später könnte die politische Entwicklung erneut stark davon abhängen, wie CSU und „Freie Wähler“ (FW) diesmal auf die AfD reagieren. Ob sie den Rechtsruck weiter verschärfen, indem sie die AfD zu kopieren oder gar rechts zu überholen versuchen. Als die AfD im Juni 2023 gegen eine Drag-Lesung für Kinder in der Stadtbibliothek München-Bogenhausen mobilisierte, sprang ihr der bayerische Vizeministerpräsident Hubert Aiwanger (FW) zur Seite und sprach von „Kindeswohlgefährdung“. Der Münchner CSU-Politiker Hans Theiss kommentierte auf Twitter:

„#Sexualkunde durch Drag Queens für 4-Jährige #Kinder – ist das wirklich Euer Ernst @muenchen?“ In den Monaten zuvor hatte Markus Söder bereits queerfeindliche und andere rechtspopulistische Tweets veröffentlicht, z. B. „Wir akzeptieren kein Gender-Gesetz und keine Genderstrafzettel. Wir sind ein Freistaat und kein Umerziehungsstaat“ oder „Umerziehungsfantasien schieben wir einen Riegel vor. Bei uns zählt der gesunde Menschenverstand“. Zu Beginn des Landtagswahlkampfes reisten die CSU-Politiker*innen Andreas Scheuer und Dorothee Bär demonstrativ zum extrem rechten Gouverneur Ron DeSantis nach Florida, der dort einen Kulturkampf gegen Frauen und Lesben, Schwule und Trans führt. Anschließend fuhr Scheuer – eine deutliche Parallele zum Landtagswahlkampf 2017 – nach Ungarn und besuchte das Viktor Orbán nahestehende „Matthias-Corvinus-Collegium“ in Budapest. Als im Juni 2023 eine zunächst aus dem rechtskonservativen Spektrum angeschobene Kundgebung gegen das geplante „Heizungsgesetz“ der Bundesregierung in Erding durch überregionale Mobilisierungen der AfD und der Pandemielegner*innenbewegung massiv befeuert wurde, grenzten sich Markus Söder (CSU), Hubert Aiwanger (FW) sowie der Chef der Bayern-FDP, Martin Hagen, nicht davon ab, sondern traten auf der zur Großkundgebung angewachsenen Versammlung kurzfristig sogar als Redner auf. Söder hat sich dabei verschätzt: Das extrem rechte Publikum hatte ihm seinen zeitweise strikten Corona-Maßnahmenkurs nicht verziehen und buhte ihn aus. Anders bei Hubert Aiwanger, der sich auch zu Pandemiezeiten als vermeintlicher „Rebell“ inszeniert hatte. Unter dem Jubel der über 13.000 rechten Kundgebungsteilnehmer*innen legte er gegen „links-grünen Gender-Gaga“ und „Corona-Irrsinn“ los. Die Bevölkerung solle die „Berliner Chaoten“ vor sich hertreiben: „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss.“

Ist die AfD „rechtspopulistisch“, „neurechts“ oder „faschistisch“?

Populismus ist ein bewusst gewählter Ansatz, eine Form der politischen Kultur, um politische Positionen einfach und breitenwirksam an eine Masse von Menschen heranzutragen. Die eigenen Forderungen werden dabei simpel und nachvollziehbar formuliert. Die Anhänger*innen und Wähler*innen sollen emotional erreicht werden, z. B. durch Wut und Zorn. Das wichtigste Charakteristikum des Rechtspopulismus ist die Schaffung von Feindbildern, vor allem das Feindbild der „Die da oben“, der „Volkverräter“, bzw. einer betrügerischen, politischen Klasse. Selbst inszeniert man sich als rechtschaffenes „Wir“ und stellt die „Anderen“ als schädlich dar. Das rechtspopulistische Versprechen lautet: Indem wir unseren Hass auf „die Anderen“ lenken, sie ausgrenzen, rausschmeißen und diskriminieren, wird es „Euch“ besser gehen.

Die „Neue Rechte“ in Frankreich, Deutschland und einigen anderen Ländern hatte nach dem Nationalsozialismus versucht, Referenzen für eine neofaschistische Politik zu bemühen, die weniger vom Nationalsozialismus kontaminiert waren. Den „neuen Rechten“ in Deutschland war es dabei nicht um eine konservative(re) Politik gegangen, sondern sie empfanden die Bundesrepublik überwiegend als so degeneriert, dass es an ihr nichts zu erhalten gebe. Ihr Kernfeind war der Liberalismus, Politik verstand und versteht die „Neue Rechte“ in Anlehnung an den NS-Vordenker Carl Schmitt vor allem als „Feindmarkierung“. Um in der Gesellschaft endlich mehrheitsfähig zu werden und den Umsturz zu schaffen, sehnt(e) man sich nach einer Krisensituation im Land.

Themensetzungen und Vorgehen der AfD heute entsprechen teilweise den Strategien, die die sogenannte „Neue Rechte“ jahrzehntlang vorbereitet und gefordert hatte. Seit den 1990er Jahren setzte die „Neue Rechte“ beispielsweise vor allem auf drei Themen, die heute auch die Agitation der AfD und ihrer Funktionär*innen prägen:

- Eine Kritik der „political correctness“ und angeblicher „Denkverbote“, die radikal rechte Parolen wieder sagbar machen sollte.
- Eine rassistische Agitation, die statt nationalsozialistischer Rassetheorien vermehrt „kulturelle“ und religiös formierte „Argumente“ sowie die Angst vor einer angeblichen „Ausländerkriminalität“ anführte.
- Das Lamentieren gegen einen angeblichen „Schuldskult“, der seit dem Nationalsozialismus Deutschland lähme.

Der aktuelle Kurs der AfD hin zu einer in Teilen neofaschistischen Partei ist nicht neu. Der „Parteiphilosoph“ der AfD, der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen aus Baden-Württemberg, hatte im Januar 2014, dem Jahr nach der Gründung der AfD bereits in der Zeitschrift „Cicero“ den Text „Das Märchen vom Gespenst der AfD“ publiziert, der als sogenanntes „AfD-Manifest“ bekanntgeworden ist. Darin heißt es: „Wo aber der Amoklauf der Moderne sein ‚Krise‘ genanntes Zerstörungswerk schon vollendet hat, müssen tradierungswürdige Zustände erst geschaffen werden.“ Die AfD lehnt also die Moderne mit ihren aufklärerischen, demokratischen und liberalen Potenzialen ab. Dass „tradierungswürdige Zustände

erst geschaffen werden“ müssten, zeigt: Es geht der extrem rechten Partei nicht um das „Bewahren“ eines gesellschaftlichen Zustands, sondern um dessen Zerstörung und einen fundamentalen „Neubeginn“. Die AfD will also gesellschaftlich etwas ganz anderes. Und in der Tat: Der AfD-Philosoph Jongen bezog sich hier auf ein Zitat des faschistischen Vordenkers Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925), was er aber nicht kenntlich machte. Der völkisch-nationalistische Publizist Moeller van den Bruck hatte gefordert, „Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt“. Neben einer ultranationalistischen Politik ist es gerade solch ein propagierter Umsturz bzw. Neubeginn, die der führende Faschismusforscher Roger Griffin zur Definition einer Organisation oder Bewegung als „faschistisch“ heranzieht.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Die AfD ist keine Alternative für Beschäftigte. In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus.



Gewerkschaften vs. AfD – Positionen im Überblick

DGB-Gewerkschaften	AfD
Gute Arbeit braucht klare Regeln und konsequente Kontrollen zum wirksamen Schutz von Beschäftigten	Deregulierung, Bürokratieabbau
Mindestlohn erhöhen und wirkungsvoll kontrollieren	Mindestlohn beibehalten
Faire Löhne Gesetz – Tariflohn und faire Vergabe	Gegen ein Tariftreue- und Vergabegesetz
Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, Anhebung des Rentenniveaus, Stärkung der gesetzlichen Rente	Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung; damit späterer Renteneintritt; Privatisierung und Schwächung des Rentensystems
Entlastung unterer Einkommen, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab einem Einkommen von 70.000 Euro	Stufenmodell mit einem Spitzensteuersatz von 25 % bereits ab 20.001 Euro
Handlungsfähiger Staat: ein Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums	Schwacher Staat: Reduzierung der Staatsaufgaben und für eine Steuer- und Abgabengrenze
Wiedererhebung der Vermögensteuer	Abschaffung der Vermögensteuer
Bezahlbarer Wohnraum für alle	Gegen jegliche Mietpreisbremsen oder Regulierungen des Wohnungsmarktes
Für mehr Chancengleichheit in der Bildung, für längeres gemeinsames Lernen und für die Gemeinschaftsschule	Für stärkere Auslese und ein uneingeschränktes Leistungsprinzip, gegen die „Einheitsschule“ und für das dreigliedrige Schulsystem
Freizügigkeit für Menschen und Waren, besserer Schutz für grenzüberschreitend Beschäftigte	Einschränkung der EU-Freizügigkeit und für flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen
Mehr Demokratie und sozialer Zusammenhalt in Europa	Weniger Europa
Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und damit für mehr persönliche Freiheit für alle	Stärkung der traditionellen Familie und gegen die Ehe für alle
Für eine Gleichstellungspolitik in Gesellschaft und Arbeitswelt auf allen Ebenen	Ablehnung von Gleichstellungspolitik, die „natürliche Unterschiede“ verwischt
Konsequente Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen als Garant für rechtliche Gleichstellung aller Menschen	Ablehnung von Antidiskriminierungsgesetzen
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Förderung von Hausfrauen und Müttern
Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen	Erschwerung von Schwangerschaftsabbrüchen
Demokratische Vertretung von Frauen	Satzungsmäßiges Verbot von AfD-Frauenorganisationen

